DEMO-ONLINE.DE

70. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

05/06 **2018**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Niedersachsen
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

PLANEN UND BAUEN IN DEN KOMMUNEN

Pläne für Kräne

Wie Städte, Kreise und Gemeinden bezahlbares Wohnen in Angriff nehmen

FOTO: ERWIN WODICKA - WODICKA@AON.AT

mainova

Nachhaltige Lösungen von XS bis XXL.

Bei uns erhalten Unternehmen jeder Größe die nachhaltige Lösung, die perfekt zu den jeweiligen Anforderungen passt. Damit sind wir ein starker Partner für Unternehmen in ganz Deutschland – und für unsere Umwelt. Entdecken auch Sie unsere „grünen“ Strom- und Erdgasoptionen, Services und Produkte online unter: **www.mainova.de/geschaeftskunden**

Jetzt informieren:
Geschäftskunden-Produkte nach Maß!

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Wohnen ist ein Menschenrecht" – eine schnell dahingesagte Floskel, die doch so viel Wahres enthält. Denn eine ordentliche Wohnung bietet Rückzug, Schutz und Ruhe. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, jeder Mensch braucht das. Die Wirklichkeit in Deutschland sieht mittlerweile aber anders aus: Es kommt nicht mehr jeder in den Genuss dieses Rechts. Menschen mit geringem oder Familien mit Durchschnittseinkommen, Studenten oder Rentner haben große Probleme, in Berlin, Köln oder Hamburg eine bezahlbare Wohnung zu finden. Auch in kleinen und mittleren Städten steigt die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen an, wie die Beispiele Baunatal und Weyhe zeigen. Es können gar nicht so schnell so viele neue Wohnungen gebaut werden, wie nötig sind.

Die Fehler liegen in der Vergangenheit: Das Erliegen des geförderten Wohnungsbaus seit Ende der 90er Jahre. Die Privatisierung kommunaler Wohnungen, wodurch auch windigen Investoren und Spekulanten aus dem In- und Ausland Tür und Tor geöffnet wurden. Das Verteuern der Auflagen für Neubau. Und auch das veränderte Wohnverhalten befördert diese dramatische Entwicklung: Die Stadtflucht in ländliche Regionen ist vorbei, es gibt immer mehr Single-Haushalte und viele alte Menschen wohnen in einer viel zu großen Wohnung, weil diese billiger ist als eine neue kleinere.

Die Politik hat die Fehler erkannt und korrigiert eifrig, doch es braucht Zeit, bis das Wirkung zeigt. Deswegen ist auch eine gesunde Portion Kreativität gefragt: Wenn etwa ältere Menschen ein Zimmer an junge Leute preiswert gegen eine wenig Hilfe und Unterstützung im Alltag vergeben oder neue Wohnungsgenossenschaften gegründet werden. Dennoch kommen Kommunen, Länder und Bund nicht darum herum, viel, wirklich viel Geld in die Hand zu nehmen, um die Wohnungsnot so schnell wie möglich zu beenden. Und für die Zukunft muss gelten: Die Fehler der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen. Wohnen ist ein Menschenrecht!

Karin Nink, Chefredakteurin

FOTOS: DIRK BLEICKER; PRESSEAMT FRANKFURT A.M.; LBG WÜRTTEMBERG EG; DISQ; ALEXANDER RATHS/STOCK.ADOBE.COM

Titel

Planen, Bauen und Wohnen in den Kommunen

4 **„Das Land muss Fristen für Sozialbindung verlängern" |** Interview mit Peter Feldmann, Oberbürgermeister in Frankfurt am Main
6 **Kommunaler Wohnungsbau erlebt eine Renaissance |** Schlaglichter aus Mannheim und Baunatal
8 **Wohnungen als Sozialgut und nicht als Wirtschaftsgut betrachten |** Was Genossenschaften leisten
9 **„Wohnen für Hilfe" |** Hamburger Senat prüft Umsetzung
10 **Im Spannungsfeld von Innovation und Pragmatismus |** Die Bauausstellung IBA 2027 in Stuttgart
11 **Blaupause für die Zukunft |** In Bremen entsteht Wohnraum auf einer früheren Krankenhaus-Fläche
12 **Was passt wo?|** Wohnungsbaustrategie des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen
13 **Einsatz in Kommunen für eine nachhaltige Bodenpolitik |** Diskussion um sozial gerechtere Bodennutzung
14 **Die 30-Prozent-Vorgabe |** Baulandmodelle in Köln und Bonn
15 **Schluss mit der Platzverschwendung |** Über Supermärkten und Parkplätzen ist noch Platz für Wohnungen

4

8

Report

Kommunale Infrastruktur

20 **Der Verkehr der Zukunft |** Anforderungen an eine nachhaltige Verkehrspolitik
22 **CO_2 zur politischen Steuerungsgröße machen |** EWI-Studie: Mit der vorhandenen Gas- und Wärmeinfrastruktur ist es kurzfristig möglich, CO_2 zu vermeiden
24 **Altersmedizin im Mittelpunkt |** Auf dem Land oft Unterversorgung mit Behandlungsplätzen in der Geriatrie
26 **Bürgerbeteiligung erfolgreich organisieren |** Projekte voranbringen
27 **Hotspot Bremen |** In der Hansestadt geht der Breitbandausbau voran
28 **Verwaltung an neue Bedürfnisse anpassen |** Digitalisierung hat Erwartungen der Bürger verändert
29 **Das Stadtlabor |** Vernetzte Verwaltung erlebbar konzipieren
30 **Crowdfunding schafft regionalen Mehrwert |** Wie Schwarmfinanzierung erfolgreich Projekte ermöglicht
32 **Vom Umgang mit den Daten |** EU-Datenschutzgrundverordnung: Was für Kommunen wichtig ist

20

24

16 **Serie 100 Jahre Frauenwahlrecht |** Die Mutmacherinnen – Projekt FRIDA
17 **SPD-Bundestagsfraktion |** Bezahlbares Wohnen und Bauen gelingen nur gemeinsam
18 **News |** 3 Fragen an Frank Baranowski **|** SPD in der Stadt Kiel stärkste Kraft
19 **News |** Landesdelegiertenversammlung SGK NRW: Frank Baranowski wiedergewählt
33 **Bücher | Wahlen | Termine**
34 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Das Land muss Fristen für Sozialbindung verlängern"

Das Rhein-Main-Gebiet wächst. Viele Menschen würden gern hier wohnen, insbesondere in der Metropole Frankfurt am Main. Welche Strategien verfolgt Oberbürgermeister Peter Feldmann, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?

Interview Karin Billanitsch

Planen, Bauen und Wohnen in den Kommunen

Herr Feldmann, bezahlbarer Wohnraum für alle – daran mangelt es gerade in Ballungsräumen. Manche sprechen schon von der neuen sozialen Frage. Nach einer neuen Studie fehlen in Deutschland 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Wie ist die Situation in Frankfurt am Main?

Wir haben derzeit etwa 22.000 registrierte Wohnungssuchende in der Stadt. Das sind die Personen, die sich bei unserem Amt für Wohnungswesen als wohnungssuchend gemeldet haben. Diese Zahl beinhaltet nicht die Personen, die jenseits der Förderprogramme eine Wohnung suchen. Wir schätzen die Zahl insgesamt auf etwa 30.000. Frankfurt wächst stark und die Stadtpolitik hat es zu lange versäumt, der steigenden Wohnungsnachfrage durch Neubau und entsprechende Programme zu begegnen. Das hat dazu geführt, dass die Mieten in einzelnen Stadtteilen im Schnitt auf mehr als 15 Euro gestiegen sind. Da finde ich die Formulierung von der neuen sozialen Frage sehr zutreffend.

Das Planungsdezernat hat, gemeinsam mit Partnern, einen neuen Preis „Wohnen für alle – Das neue Frankfurt 2018" für kostengünstiges und gutes Bauen und Wohnen ausgelobt. Die Bewerbungsfrist lief im Februar 2018 ab. War die Ausschreibung ein Erfolg, und wie geht es weiter?

Die Ausschreibung war ein voller Erfolg. An dem Wettbewerb haben mehr als 100 Büros aus ganz Europa teilgenommen und bereits gebaute Referenzprojekte eingereicht. Mit dem Wettbewerb wollen wir die Diskussion um gutes und zugleich bezahlbares Wohnen befördern – ganz im Sinne des „Neuen Frankfurt", eines Stadtplanungsprogramms zwischen 1925 und 1930. Seit dem 18. Mai 2018 wird im Deutschen Architekturmuseum eine Ausstellung der eingereichten Projekte gezeigt. Zeitgleich starten die zehn Preisträger des diesjährigen Wettbewerbs in die Entwurfsphase. Bis Herbst sollen sie neue Wohngebäude entwerfen, die besten drei Beiträge werden anschließend von der städtischen ABG Frankfurt Holding im Frankfurter Hilgenfeld gebaut. Dort sollen geförderte und frei finanzierte Mietwohnungen entstehen. Wichtig ist uns, dass auch die frei finanzierten Wohnungen bezahlbar sind – bei hoher baukultureller Qualität. Der Erfolg des diesjährigen Aufrufs hat uns bestärkt, den Wettbewerb künftig alle zwei Jahre auszuloben.

Will künftig alle zwei Jahre den Preis „Wohnen für alle" ausloben, um gutes, bezahlbares Bauen zu fördern: Oberbürgermeister Peter Feldmann.

Unter der bis Anfang 2014 regierenden schwarz-gelben Koalition ist der Soziale Wohnungsbau in Hessen fast zum Erliegen gekommen. Jetzt hat die schwarz-grüne Regierung eine Wende vollzogen. Es gibt etwa seit 2017 das Programm zum Ankauf von Belegungsrechten oder das Hessische Kommunalinvestitionsprogramm (KIP). Sind die Programme kommunalfreundlich gestaltet? Oder gibt es Kritik von Ihrer Seite?

Zunächst einmal muss ich feststellen, dass die Neuorientierung sehr spät gekommen ist. Erst Ende 2017 hat die hessische Landesregierung umgesteuert, neue Programme aufgelegt und Mittel eingestellt. Auch die Ausstattung ist zu gering. In Frankfurt investiert allein die stadteigene ABG Frankfurt-Holding in den kommenden fünf Jahren 2,8 Milliarden Euro in den Neubau und Bestand stadteigener Wohnungen. Das ist etwa das Fünffache dessen, was das Land Hessen an Fördermitteln im Wohnungsbau für das gesamte Land bereitstellt. Hinzu kommt, dass das Land immer noch nicht die Brisanz im Rhein-Main-Gebiet sieht. Ich würde mir hier spezielle Programme wünschen. Die Stadt Frankfurt und die Region sind das wirtschaftliche Herz Hessens. Das geht mit spezifischen Belastungen einher. Um es klar zu sagen: Hessen als Ganzes profitiert von der Entwicklung unserer Region, da erwarten wir eine angemessene Unterstützung.

In Hessen verschwinden Sozialwohnungen, weil mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, als derzeit gebaut werden. Die Bindungsdauer variiert und liegt bei 20 Jahren, je nach Programm auch 15 oder 10 Jahre. Sollte die Sozialbindung generell verlängert werden?

Die Notwendigkeit liegt auf der Hand. Das Land muss hier die Fristen verlängern. Passiert ist das Gegenteil. Das Land hat die Rückwirkungsfrist der Sozialbindung bei vorzeitiger Ablösung der Förderdarlehen von zehn auf fünf Jahre verkürzt. In Zeiten der Nullzinsphase ist das für den Sozialen Wohnungsbau tödlich, da man

ZUR PERSON

Peter Feldmann ist am 7. Oktober 1958 in Helmstedt geboren. Er besuchte dort ab 1970 die Ziehenschule und machte 1979 das Abitur an der Ernst-Reuter-Schule. Es folgte in den Jahren 1979 und 1980 ein Auslandsaufenthalt in Israel – wo er eine Gärtnerausbildung absolvierte. Nach seiner Rückkehr studierte er Politische Wissenschaft in Marburg und schloss 1986 als Diplom Politologe ab; es folgte ein weiterer Abschluss im Jahr 2009 als Sozialbetriebswirt.

Im Jahr 1967 schloss er sich der sozialistischen Jugend an, 1974 den Jusos und trat in die SPD ein. Bis 1988 arbeitete er als Dozent am Verwaltungsseminar für Politik, Geschichte und Verfassungskunde, ab 1988 war er Landesgeschäftsführer der SPD-Jugendorganisation „Die Falken". Nach weiteren beruflichen Stationen, unter anderem als Grundsatzreferent des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, sitzt er seit 1998 in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main und ist seit 1. Juli 2012 Oberbürgermeister. Im März 2018 wurde er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. *KB*

FOTO: PRESSEAMT DER STADT FRANKFURT AM MAIN

schnell die Darlehen ablöst, um für den gleichen Zinssatz Geld am Kapitalmarkt zu leihen, ohne in der Verpflichtung einer Sozialbindung zu sein. Wir haben bei unserem stadteigenen Förderprogramm mit der ABG Frankfurt-Holding mittlerweile Bindungen von 30 bis 50 Jahren vereinbart, oder verhandeln diese gerade. Das halte ich für den richtigen Weg.

66 Millionen hat die Stadt Frankfurt laut dem Jahresabschluss 2017 in Städtebau und Wohnungen investiert. Können Sie erläutern, wofür?

Ein Schwerpunkt ist der Wohnungsbau in der ehemaligen Bürostadt Niederrad. Ende des Jahres werden dort 8.000 Menschen leben, darum haben wir sie in Lyoner Quartier umbenannt. Teilweise wurden hier Bürogebäude abgebrochen, teilweise wurden Bürogebäude in Wohngebäude umfunktioniert. Für mich steht diese Entwicklung sinnbildlich für die Zukunft unserer Großstädte. Stadt verändert sich, Stadt entwickelt sich. Nutzungen verändern sich und wir passen diese an. Wir bauen hier ohne neuen Flächenverbrauch in bestehende Stadtteilstrukturen. Diese werden natürlich ergänzt, doch handelt es sich eben nicht um vollständig neue Strukturen, sondern um Strukturen die erweitert und ergänzt werden. Die Stadt schreibt ihre Geschichte in der Geschichte des Stadtteils weiter und neu. Das ist ein spannender Prozess, und es wird ein spannender alter neuer Stadtteil.

Stichwort aktive Bodenpolitik: Welche Instrumente nutzt Frankfurt am Main offensiv?

Vom Lyoner Quartier sprach ich ja schon. Wir machen Ähnliches bei Flächen, die im weitesten Sinne etwas mit nicht mehr benötigten Infrastrukturen zu tun haben. Das waren vor 20 Jahren etwa Hafenflächen, der Schlachthof oder der Güterbahnhof. Heute sind das zum Beispiel innenstadtnahe Flächen der Verkehrsgesellschaft Frankfurt, also Busbetriebshöfe oder Straßenbahndepots, die wir in Wohnbauflächen umwandeln. Wir schaffen also auf städtischen Flächen Baurecht für Wohnungen, ohne teures Bauland kaufen zu müssen und verlagern oder zentralisieren die ehemaligen Nutzungen in Gewerbegebieten. Wir bereiten derzeit auch eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Frankfurter Nordwesten vor. Wir werden dort bis zu 12.000 Wohnungen für 30.000 Menschen bauen. Der Vorteil ist, wir schöpfen einen Teil der Planwertgewinne ab, um öffentliche Infrastruktur zu finanzieren. Bei Nachverdichtungen handeln wir maßvoll. Wir haben Beispiele, in denen es gut funktioniert hat. Generell ist unsere Stadt stark durch Siedlungsbau geprägt und da passen wir auf, dass wir den Menschen in den Frankfurter Siedlungen eben nicht den Hinterhof mit Beton zuschütten.

Wegen massiv steigender Baulandpreise werden Forderungen nach einer Bodenrechtsreform laut. Der neue Bundestag will laut Koalitionsvertrag eine Enquete-Kommission für eine nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik einsetzen. Was sollte dort auf die Agenda kommen?

Ich sehe vor allem zwei Punkte. Erstens kann es nicht sein, dass mit der Vergabe von Baurechten in einer Stadt Gewinnsprünge von bis zu 2.000 Prozent möglich sind, ohne dass die Kommune daran partizipiert. Übrigens im Zweifel auch, ohne dass der Eigentümer irgendetwas geleistet hat. Wir finanzieren die gesamte Infrastruktur und Private kassieren ab. Das ist schlicht ungerecht und für Kommunen ein dauerhafter Grund für wachsende Verschuldung. Es ist zudem einem Gemeinwesen, und das sind Städte nun einmal, völlig abträglich. Zweitens muss sich die

> **Spekulatives Liegenlassen von baureifen Grundstücken ist in Regionen wie der unsrigen schlicht unsittlich.**
>
> Peter Feldmann,
> Oberbürgermeister
> Frankfurt am Main

Grundsteuer auf unbebaute Grundstücke beziehen. Spekulatives Liegenlassen von baureifen Grundstücken ist in Regionen wie der unsrigen schlicht unsittlich, und da müssen wir den Druck erhöhen. Ganz klar sage ich, dass wir da mindestens mal die Steuerschraube anziehen müssen, um solche verantwortungslosen Eigentümer entweder zum Bauen oder zum Verkaufen zu zwingen.

Welche Strategie verfolgen Sie bei der Förderung von Genossenschaften, die zusätzlichen günstigen Wohnraum bieten?

Auch hier haben wir Quoten eingeführt. In Neubaugebieten haben wir beschlossen, dass 15 Prozent der Flächen für Gruppen gemeinschaftlicher Wohnprojekte oder Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Wir erreichen damit zwei Dinge. Erstens tragen wir dem Wandel gesellschaftlicher Lebensstile Rechnung, die sich etwa in selbstbestimmten, gemeinschaftlichen Wohnformen realisieren. Zweitens küssen wir ein Stück die Frankfurter Traditionsgenossenschaften wach, die von der preislichen Entwicklung des Frankfurter Bodenmarktes überrollt wurden. Zentrales Instrument ist hier die Konzeptvergabe, die uns den Grundstücksverkauf zu anderen Kriterien als dem Erzielen des Maximalpreises ermöglicht.

Was muss die Bundesregierung jetzt tun, damit die „Wohnraum-Offensive“ gelingt?

Ich sehe drei wesentliche Punkte. Erstens braucht es eine deutliche Ausweitung der Mittel. Zwei mal zwei Milliarden Euro sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Das ist kaum mehr als das, was wir in den nächsten Jahren als eine Stadt ausgeben. Zweitens braucht es klare Zieldefinitionen. Eine davon ist die Konzentration der Mittel auf die wachsenden Städte und Metropolregionen. Da muss die Einsicht her, dass wir wachsende urbane Räume haben, in denen gesellschaftlicher Reichtum produziert wird und in denen es spezifischer Unterstützung beim Wohnungsbau bedarf. Und drittens gehören Möglichkeiten der Planwertgewinnabschöpfung dazu. Städten muss dazu ermöglicht werden, über die Beteiligung an den Planwertgewinnen Infrastruktur zu finanzieren. Diese Infrastruktur ermöglicht doch erst die Nutzung und damit den Wert der entsprechenden Flächen. Ich halte es einfach nur für gerecht, die Eigentümer, die davon profitieren, durch Gewinnabschöpfung daran zu beteiligen

Hessen als Ganzes profitiert von der Entwicklung Frankfurts, ist Peter Feldmann überzeugt – und erwartet eine angemessene Unterstützung vom Land.

FOTO: PRESSEAMT DER STADT FRANKFURT AM MAIN, TANJA SCHÄFER

Langfassung demo-online.de

Blick von oben auf den neu entstehenden Stadtteil in Mannheim: Bis zum Jahr 2028 soll das frühere US-Kasernengelände Benjamin-Franklin-Village fertig bebaut sein.

Kommunaler Wohnungsbau erlebt eine Renaissance

Nach langer Pause steigt die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Mannheim wieder in den Sozialen Wohnungsbau ein. Anderswo, etwa im Landkreis Kassel, wird über die Gründung einer neuen Gesellschaft nachgedacht, um neue Wohnungen zu schaffen

Autoren Karin Billanitsch und Harald Sawatzki

Der Spatenstich ist erfolgt: Die GBG Mannheim beginnt mit ihrem ersten Bauprojekt auf dem früheren US-Kasernengelände Benjamin-Franklin-Village (BFV), der größten Wohnsiedlung der US-Streitkräfte in Westdeutschland. In drei Häusern entstehen zunächst 130 Neubauwohnungen, sie werden zwischen 45 und 110 Quadratmeter groß und barrierearm sein, also junge Menschen ebenso wie Ältere, Einzelne, Paare und Familien ansprechen. Die GBG Mannheim existiert seit 1926 und ist eine der ältesten kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in Deutschland.

Auf dem knapp 150 Hektar großen Gelände, das heute nur noch Franklin heißt, will Mannheim einen „grünen Stadtteil" entwickeln. Nachdem die Stadt im Jahr 2015 stolze 75 Millionen Euro an die Bundesanstalt für Immobilien-Aufgaben überwies, ging das Konversitions-Gelände in den Besitz der Kommune über.

GBG MANNHEIM

18.992

Wohnungen gehören der GBG Mannheim. Sie stellt damit für

15

Prozent der Mannheimer Bürger Wohnraum zur Verfügung.

408

Mitarbeiter sind in der größten kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Baden-Württembergs beschäftigt.

QUELLE: GBG-MANNHEIM.DE

Eine städtische Gesellschaft für Projektentwicklung (MWSP) lenkt seither federführend die Entwicklung und gewann 13 Erstinvestoren für die verschiedenen Bau- und Wohnprojekte auf Franklin. Dabei kam auch die GBG Mannheim zum Zuge.

Sie wird hier insgesamt mehr als 600 Wohnungen errichten. Die Gesellschaft plant den Bau von vier knapp 50 Meter hohen Wohnhäusern mit verschiedenen Grundrissen und Aufbauten. Aus einem entfernten Blickwinkel betrachtet, bilden sie – als Erinnerung an die 60 Jahre währende Anwesenheit der US-Army – das englische Substantiv „HOME". Ein Rückblick: Nachdem erste Pläne über einen drohenden Truppenabzug der US-Army aus der Stadt bekannt geworden waren, wurde für die regionale Wirtschaft das Schlimmste befürchtet, sollten die etwa 15.000 US-Amerikaner den Standort Mannheim tatsächlich räumen. Im Jahr 2008 kam das Aus für den Standort.

Doch das befürchtete wirtschaftliche Desaster trat nicht ein – im Gegenteil: Schnell wurde klar, dass die frei werdenden rund 500 Hektar des früheren US-Geländes regelrechtes Neuland für die Stadtentwicklung sein könnten. Das Stichwort dazu: Konversion – Umnutzung kommunaler Areale. Mannheims erster Konversionsbeauftragter Konrad Hummel erkannte hier die Chance einer „einmaligen Stadtentwicklung".

Als die Planungen noch ganz am Anfang standen, hatte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz (SPD) die Devise ausgegeben: „Die Stadt soll im Kleinen abgebildet werden." Architekt Achim Judt, Geschäftsführer der MWSP, beschreibt die fünf „Dimensionen", an denen sich die Investoren bei ihren Planungen und beim Bau orientieren müssten: Auf Franklin solle nach Möglichkeit „sozial, inklusiv, unter speziellen architektonischen, freiräumigen (grünen) und energetisch spar-

FOTO: MWSP MANNHEIM

samen“ Gesichtspunkten gebaut werden. Gerade so, wie es ein 2014 erarbeiteter Rahmenplan für das neue Wohngebiet vorsehe. Das gesamte Projekt soll 2028 fertig werden. Eigentums- und Mietquote werden sich in etwa die Waage halten, prognostizieren die Planer.

Ein Teil davon wird sozialer Wohnraum sein: Bei den jetzt entstehenden 130 GBG-Wohnungen werden 120 den Anforderungen der Wohnraumförderung entsprechen, 80 weitere sollen später folgen. Frei finanzierte Mieten liegen im Bestand der GBG derzeit noch bei 6,24 Euro, im Sozialen Wohnungsbau sind es 5,80 Euro. Bernd Klotter, der Technische Prokurist der GBG, erwartet im entstehenden Stadtteil in den geförderten Objekten einen Quadratmeterpreis von 7,50 Euro. Die frei finanzierten Einheiten werden ab zehn Euro pro Quadratmeter vermietet. Ob sich aber die Neubautätigkeit tatsächlich preisberuhigend auf die Wohnsituation in Mannheim auswirken werde, bleibe abzuwarten, meinte Christian Franke, der Leiter des „Einnahmenmanagements“ der GBG.

Sozialer Wohnungsbau im Wandel

Nach einer 20-jährigen Pause steigt die städtische GBG Mannheim damit jetzt wieder in den Sozialen Wohnungsbau ein. Für Städte wie Mannheim, deren Wohnungsmarkt stark unter Druck steht, macht es Sinn, über eigene Wohnungsbaugesellschaften am Markt zu sein, es ist ein wichtiges wohnungspolitisches Instrument einer Kommune, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Doch längst nicht alle Städte oder Kreise haben überhaupt noch eine eigene Wohnungsbaugesellschaft: Nachdem die Wohnungsgemeinnützigkeit Ende der 80er Jahre abgeschafft wurde, haben sich viele Kommunen in den 1990ern aus dem geförderten Wohnungsbau zurückgezogen. Im Jahr 2006 wurde dem Bund im Zuge der Föderalismusreform I die Zuständigkeit für die Förderung entzogen, wodurch das Thema weiter in den Hintergrund rückte. Die Friedrich-Ebert-Stiftung umschreibt in einer Analyse im Jahr 2017 das Problem: „Die Wohnung beziehungsweise die Wohnimmobilie wurden zunehmend als Handelsware betrachtet. Öffentliche, kommunale und landeseigene Wohnungsbestände wurden verkauft. Sozial- und Mietpreisbindungen liefen aus und wurden nicht oder nicht in ausreichendem Maß erneuert.“

Einiges ändert sich nun, um die drängenden Versorgungsprobleme zu lösen. Zum Beispiel hat die Stadt Leipzig wieder eine eigene kommunale Wohnungsbaugesellschaft gegründet. Auch der Landkreis Gießen hat vor einem Jahr zusammen mit neun Städten und Gemeinden die SWS GmbH ins Leben gerufen. „Mit der Gesellschaft können wir jetzt zusammen mit den Mitgliedskommunen passende Maßnahmen entwickeln, um bezahlbaren Wohnraum zu fördern und zu sichern“, hatte Landrätin Anita Schneider (SPD) in einer Mitteilung formuliert. Das sind nur einige Beispiele dafür, dass der kommunale Wohnungsbau in Städten und umliegenden Gebieten wegen des Mangels an günstigem Wohnraum Auftrieb hat.

Setzt sich für eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft auf Kreisebene ein: Bürgermeister von Baunatal Manfred Schaub.

Beim Bauland müssen wir die Umwelt- und Infrastruktur-gesichtspunkte mitdenken.

Manfred Schaub,
Bürgermeister Baunatal

Landkreis Kassel prüft Neugründung

Aktuell hat der Kreisausschuss des Landkreises Kassel einen Auftrag zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen auf Landkreisebene eine Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung sozialen Wohnraums gegründet werden kann. 20 von 28 befragten Kommunen hatten Interesse an der Beteiligung an einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft bekundet, bestätigt Projektleiterin Martina Rapprich. Bedarf an Sozialwohnungen besteht laut eigener Einschätzung der Städte und Gemeinden in 15 Kommunen, Bedarf an bezahlbarem Wohnraum haben sogar 20 Kommunen von 28 angemeldet. „Allerdings gibt es im Landkreis Kassel eine sehr unterschiedliche Gemengelage“, erläutert Rapprich. Während in Gemeinden im Speckgürtel um die Stadt Kassel herum Wohnungsknappheit herrsche, drohten im nördlichen Kreisgebiet Wohnungsleerstand und Verfall. Ein Problem, das auch im Prüfbericht gesehen wird, der jetzt vorliegt, über den aber noch nicht entschieden wurde. Die neue Gesellschaft sollte sich, heißt es, nicht auf den Bau von Sozialwohnungen beschränken, sondern auch die Schaffung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum sowie die Integration eines Gebäudemanagements als Ziel setzen. „Darüber hinaus geht es auch um Sanierung und Nutzung von Fachwerkhäusern, um Verödung von Ortskernen und Leerstand entgegenzuwirken“, sagt Rapprich.

In der Stadt Baunatal im Landkreis Kassel (hier die Innenstadt) sind Hunderte Menschen auf der Suche nach einer Wohnung.

Eine der beteiligten Kommunen ist die Stadt Baunatal: Sie ist laut Bürgermeister Manfred Schaub auch wichtiger Bestandteil der Initiative im Kreis. Der Bürgermeister erhofft sich von einer Wohnungsbaugesellschaft die Möglichkeit, „auf den Markt in den Bereichen einzuwirken, in denen es schwierig ist, andere Investoren zu finden, die nach unseren Vorstellungen bauen.“ Am meisten nachgefragt sind – neben großen Familienwohnungen – kleine, bezahlbare Einheiten. Viele Rentner, die sich in jüngeren Jahren ein Haus gebaut haben, wollen nun in kleinere Wohnungen umsiedeln. Aber, erläutert Schaub, „die Witwe eines VW-Rentners fällt bei den Anforderungen für sozial geförderten Wohnraum durch den Rost, bekommt aber auch keine großen Summen an Geld“. Er skizziert damit das sich im ganzen Land verschärfende Problem, weil nicht nur einkommensschwache Haushalte, sondern auch immer mehr Mittelschicht-Haushalte bei den stark steigenden Mietpreisen nicht mehr mithalten können.

Masterplan bis Ende 2018

Umgeben von schützenswerten Naturflächen, gibt es in Baunatal nicht so viel Bauland, wie nachgefragt wird. „Hunderte“ suchten Wohnungen, 1.000 ein Grundstück, so Schaub. „Beim Bauland müssen wir die Umwelt- und Infrastrukturgesichtspunkte mitdenken“ gibt der Rathauschef zu bedenken. Bis Ende des Jahres 2018 soll es einen Masterplan geben, der ermittelt „wo Bauland entstehen könnte“. 30 Kilometer weiter gäbe es Angebote, aber die Menschen zögen den Speckgürtel vor. Die Stadt betreibt Bodenvorratspolitik, sie kauft Grundstücke auf und vergibt sie an Investoren nach zwingend vorgegebenen Richtlinien. Dazu gehören ein bestimmter Mix zwischen kleinen und großen Wohnungen, die Mischung von Miet- und Eigentumswohnungen und die Deckelung des Neuvermietungspreises. Zinslose Darlehen sollen darüber hinaus Investoren anlocken. Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die beim Landkreis Kassel angedockt ist und selbst baut, könnte Baunatals Spielraum deutlich erweitern.

FOTOS: STADTMARKETING BAUNATAL

Wohnungen als Sozialgut und nicht als Wirtschaftsgut betrachten

In teuren Ballungsräumen schaffen Genossenschaften bezahlbaren Wohnraum für Mitglieder: zwei Schlaglichter aus München und Stuttgart

Autoren Karin Billanitsch und Uwe Roth

Wohnungen der Münchner Genossenschaft „wagnis eG". Fünf Häuser gruppieren sich um einen gemeinschaftlichen „Marktplatz". Fotos unten: „Stellplatz" für Dreirad und Bobbycars (o.) und selbst gestaltete Briefkästen (u.) auf dem Gelände der Genossenschaft.

Mietest Du noch oder bist Du schon Mitglied? Die Idee, dass Einzelne sich in einer Genossenschaft zusammenschließen, um gemeinsam mehr zu erreichen, ist alt. Der vor 200 Jahren geborene Friedrich Wilhelm Raiffeisen hat sich das Prinzip ausgedacht. Heute ist es entstaubt: Nicht nur im Bankenwesen oder Einkauf haben genossenschaftliche Zusammenschlüsse Konjunktur – sondern auch Wohnungsgenossenschaften erleben einen Auftrieb. Vor allem junge Genossenschaften, die sich in den vergangenen zehn Jahren gegründet haben, sind Motor der Entwicklung.

Sie bauen etwas, das in großen Ballungszentren wie München ein rares Gut ist: bezahlbaren Wohnraum. Wie zum Beispiel im DomagkPark auf dem ehemaligen Gelände der alten Funkkaserne in Schwabing-Nord. Hier hat die Genossenschaft „wagnis eG" für 180 Mitglieder ein preisgekröntes Wohn-Dorf errichtet. Fünf Häuser – wie die fünf Kontinente – gruppieren sich um einem Marktplatz und sind durch eine umlaufende Ringterasse miteinander verbunden. Rut-Maria Gollan, im Vorstand der „wagnis", erzählt von dem aufwendigen Prozess: Gründung der Baugruppe im Jahr 2009, drei beteiligte Architekturbüros, Verhandlungen mit den Banken und der Planungsbehörde, Vernetzung aller Akteure. 180 Mitglieder haben 42 Millionen Euro investiert. Die Genossenschaft musste die Mischung des „München-Modells" von geförderten und frei finanzierten Wohnungen einhalten und Interessenten suchen. Je nach Einkommen zahlten die Genossen zwischen 300 und 950 Euro pro Quadratmeter Einlage; dafür beträgt die Miete etwa 13 Euro pro Quadratmeter.

„Wir versuchen, den Namen ernst zu nehmen. Man muss sich auf das Konzept des gemeinschaftlichen Wohnens einlassen können", sagt Gollan. Es gibt gemeinschaftlich genutzte Räume, wie den Waschmaschinenraum, den Kinder-Toberaum für Schlechtwetter, Gästezimmer oder Veranstaltungsräume, aber auch ein Café und an Externe vermieteten Platz. „‚wagnis' ist eine Keimzelle für das Quartier", schwärmt Gollan. Die Bauten sind ökologisch im Passivhaus-Standard gebaut, ans Fernwärmenetz angeschlossen, zusätzlich kommt Strom aus einer Photovoltaikanlage. „Wir haben ein Konzept des autoreduzierten Wohnens", erklärt Gollan. U-Bahn, Bus und Tram sind fußläufig erreichbar, es gibt E-Scooter, Stellplätze für Car-Sharing und sogar ein Lastenrad. „Manche haben den Stellplatz für das eigene Auto aufgegeben, um das bestehende Angebot zu nutzen."

FOTOS: BILLANITSCH

Insgesamt 40.000 genossenschaftliche Wohnungen gibt es in München. Zwischen 2014 und 2017 wurden laut Mitbauzentrale 700 neue Wohnungen fertiggestellt. In den nächsten Jahren werden knapp 3.500 hinzukommen. Bis zu 40 Prozent der Flächen in Neubaugebieten wie dem DomagkPark werden an Genossenschaften vergeben – oft zum günstigen Verkehrswert. Stadtbaurätin Elisabeth Merk hat 2014 sogar eine städtische Mitbauzentrale ins Leben gerufen, um das genossenschaftliche Bauen zu fördern. „Sie war Steigbügelhalter für uns, als wir ‚wagnis' gründeten", erzählt Gollan.

Zum Jahresauftakt 2018 präsentierten sich auf Initiative der Mitbauzentrale neun Genossenschaften, die in den vergangenen drei Jahren gegründet wurden, der Öffentlichkeit. Darunter auch die „Stadtwerkschaft" der Stadtwerke München. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Stadtwerke haben sie 2017 gegründet „um gemeinschaftliche, selbstbestimmte, wirtschaftliche, sozial sowie ökologisch verantwortliche und nachhaltige Wohnprojekte zu realisieren". Und um ein Gegengewicht zu den stark steigenden Mieten zu schaffen.

Rettungsadresse im teuren Stuttgart

Die Landesbaugenossenschaft Württemberg (LBG) mit Sitz in Stuttgart ist eine Rettungsadresse für Menschen, die auf dem überteuerten Wohnungsmarkt verloren sind. Ab 6,60 Euro Kaltmiete je Quadratmeter bietet die LBG Wohnungen an – sofern eine frei ist. Laut Mietspiegel der Stadt liegt der Durchschnittspreis für Gebrauchtimmobilien bei neun Euro. Selbst in Neubauten bleiben die LBG-Mieten meistens unter elf Euro.

Josef Vogel ist der kaufmännische Vorstand und erstaunte Fragen gewöhnt, wie ein derart niedriger Mietpreis in einer Großstadt überhaupt möglich sei? Er sagt dann: „Wir betrachten unsere Wohnungen als Sozialgut und nicht nur als Wirtschaftsgut." Die Genossenschaft „denkt in Generationen statt in Quartalen", sie wolle ihren Mitgliedern „gutes, bezahlbares und lebenslanges Wohnen bieten". Um an eine Mietwohnung der LBG zu gelangen, muss man Mitglied werden und eine Anlage in Höhe von 800 Euro erwerben, für die satzungsgemäß eine Dividende bezahlt wird. Eine Kaution entfällt.

Keine Gewinnorientierung

Der Erlös aus der Vermietung von rund 5.500 Wohnungen muss reichen, um eine Dividende der Anlagen von mehr als 6.000 Genossenschaftsmitgliedern sowie den Erhalt und Neubau von Gebäuden zu finanzieren. Und am Ende soll noch Geld für die Gehälter der Genossenschaftsangestellten übrig bleiben. „Die Mitarbeiter werden richtig bezahlt", versichert Vogel. Hilfreich sei, dass die Genossenschaft lediglich „die schwarze Null" anstrebe, also keine reine Gewinnorientierung wie viele andere Unternehmen. Bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung bleiben Grundstückskosten in der Regel unberücksichtigt, insbesondere, wenn es sich um Bestandsgrundstücke handelt, die in den letzten Jahrzehnten auch an Wert gewonnen haben. Die Investitionen werden mit einem geringen Renditesatz erst in einem Zeitraum von 50 Jahren und länger zurückerwartet. Je länger dieser Zeitraum sei, desto günstiger werde die Miete.

Er sei gelernter Banker, was in seinem Betätigungsfeld ein Vorteil sei, räumt Genossenschaftschef Vogel ein. Ausschlaggebend sei jedoch, dass die eingetragene Genossenschaft (eG) günstige Grundstücke im Bestand habe oder von einer Kommune zum Kauf angeboten bekomme, um günstigen Wohnraum in der jeweiligen Stadt zu schaffen. In Stuttgart ist die LBG am „Bündnis für Wohnen" beteiligt. Im Idealfall bekommt sie von der Kommune günstigere Grundstücke, auf denen die Genossenschaft dann baut. Im Gegenzug erhält die Stadt Belegungsrechte für einkommensschwache Familien. Dies sei eine gute Möglichkeit, den sozialen Wohnungsbau in einem Umfeld voranzubringen, in dem normalerweise Höchstpreise für Immobilien bezahlt würden.

Josef Vogel: „gutes, bezahlbares und lebenslanges Wohnen"

> **Die Genossenschaft denkt in Generationen statt in Quartalen.**
>
> Josef Vogel,
> Kaufmännischer Vorstand der LBG

Die LBG besteht seit dem Jahr 1921. Damals trugen sich 70 Beamte und Arbeiter von Bahn und Post in die Mitgliederliste der neugegründeten Landes-Bau-Genossenschaft württembergischer Verkehrs-Beamter und -Arbeiter e.G.m.b.H. ein. Heute ist sie ein im Mietwohnungsbau tätiges Dienstleistungsunternehmen mit 60 hauptamtlichen Mitarbeitern, zwei Auszubildenden, einer Studentin sowie 51 geringfügig Beschäftigten.

Mit einer Bilanzsumme von mehr als 231 Millionen Euro und einem Jahresumsatz von 35,5 Millionen Euro investierte die LBG im Jahr 2017 rund 23 Millionen Euro in den eigenen Wohnungs- und Immobilienbestand.

Wohnungen der LBG Württemberg eG: Die Genossenschaft besteht seit dem Jahr 1921. Sie strebt keinen Gewinn, sondern eine „schwarze Null" an.

FOTOS: LBG WÜRTTEMBERG EG; HENNIES PRIVAT

„Wohnen für Hilfe" wird in Hamburg geprüft

Das Prinzip ist einfach: Junge Menschen in Ausbildung helfen zumeist älteren Menschen, die Wohnraum gegen Unterstützung im Alltag, im Haushalt oder Garten, fast mietfrei abgeben wollen. „Wohnen für Hilfe" heißt das Projekt, das es mittlerweile in rund 30 Städten in Deutschland gibt – und vielleicht bald auch in Hamburg.

Astrid Hennies sieht viel Potenzial.

Auf Antrag der Regierungsfraktionen von SPD und Grünen wird der Senat der Hansestadt die Umsetzbarkeit prüfen. Astrid Hennies, Abgeordnete der SPD-Bürgerschaftsfraktion und Mitglied im Wissenschaftsausschuss, die das Projekt besonders vorangetrieben hat, ist zuversichtlich: „Es hat für mich viel Potenzial. Viele ältere Menschen wohnen in Wohnungen, die ihnen manchmal zu groß geworden sind, aber sie möchten ihr gewohntes Umfeld nicht verlassen – und ein Wechsel wäre oftmals sogar teurer." Auf der anderen Seite stünden viele Studierende Schlange bei der Suche nach einer Unterkunft. Hennies: „Dieses Kapital, den leer stehenden Wohnraum, kann man nutzen. Das ist eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten."

Ganz wichtig dabei ist ein Träger, der zwischen Wohnraumgeber und -nehmer vermittelt und sie begleitet. „Gerade die Älteren haben dann einen Ansprechpartner, anfängliche Skepsis kann abgebaut werden, und es gibt einen erfahrenen Ansprechpartner für alle Fragen", wie Hennies erläutert. Der Senat soll auch prüfen, wer als Träger in Frage kommt. Die Sozialbehörden kommen ebenso in Betracht wie ein Sozialverband oder das örtliche Studierendenwerk. Das Ergebnis des Prüfauftrags erwartet Hennies für Oktober 2018. *KB*

Im Spannungsfeld von Innovation und Pragmatismus

Die Bauausstellung IBA 2027 StadtRegion Stuttgart kommt am Thema Bezahlbarkeit von Wohnraum nicht vorbei

Autor Uwe Roth

Baden-Württembergs Landeshauptstadt und fünf umliegende Landkreise bereiten eine internationale Bauausstellung vor – die IBA 2027 StadtRegion Stuttgart. Der Ballungsraum mit 2,8 Millionen Menschen boomt wie kaum ein anderer in Deutschland. Die Zeit der finanziellen Stärke wollen die IBA-Macher in den kommenden neun Jahren nutzen, um auf den nächsten Strukturwandel vorbereitet zu sein. Denn es ist keine ausgemachte Sache, dass die mächtige Autoindustrie den Übergang ins Elektrozeitalter unbeschadet und ohne größere Verluste von Arbeitsplätzen übersteht. Die Region könnte zum Verlierer werden.

Überzeugende Antworten finden

Die Regionalverantwortlichen wollten nicht aus der Krise heraus handeln, wie das bei der IBA Emscher Park (1989 bis 1999) passiert ist, die die Spätfolgen des Zechensterbens auffangen sollte. Doch der Präventionsgedanke, der den Planern mehr Gestaltungsspielraum geben sollte, ist weitgehend verflogen: Wohnraumnot, überteuerte Mieten und Verkehrsinfarkt sind Schlagworte, die sich in Stuttgart bei der IBA-Planung ohne vorangegangene Kreativworkshops in den Vordergrund gedrängt haben.

Wie schafft man günstigen Wohnraum, wenn Grundstücke rar, die wenig vorhandenen kaum bezahlbar und die Auftragsbücher der Bauunternehmen randvoll sind? In den Ratssitzungen und Podiumsdiskussionen sind das derzeitig die am häufigsten gestellten Fragen. Planer und die 179 beteiligten Kommunen müssen überzeugende Antworten finden – egal welche genialen Ideen angedacht waren, wie modernes Leben im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts aussehen könnte. Nun ist die Bezahlbarkeit von Wohnen zum vielleicht wichtigsten Bewertungskriterium bei der Wahl der IBA-Wohnprojekte geworden.

Die Herausforderungen werden noch größer. Das sagt Jürgen Zieger. Der SPD-Oberbürgermeister von Esslingen sitzt im IBA-Aufsichtsrat und weiß um das Spannungsfeld aus Innovationsdruck und Pragmatismus, in welchem die Bauausstellung ihren Weg finden muss. „In den kommenden Jahren werden in der Region bis zu 200.000 zusätzliche Wohnungen benötigt“, weiß er. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Babybooms zwischen 1960 und 1975 gehen in den Ruhestand, ohne die Region zu verlassen. Folglich muss für ihre Nachfolger neuer Wohnraum geschaffen werden. Doch wie und wo?

Andreas Hofer ist Intendant der IBA 2027 StadtRegion Stuttgart und sollte entsprechenden Input geben. Der 55-Jährige kommt vom Architekturbüro Archipel aus Zürich. Als Expertise bringt er „langjährige Erfahrung im Bereich preisgünstiges Bauen“ mit. Doch schon bei seinem Amtsantritt war er sich sicher, dass die IBA in einem Jahrzehnt „das Wohnungsproblem nicht lösen kann“. Hemmschuh sind für ihn unzweifelhaft die Grundstückspreise. Günstiges Bauen ist seiner Überzeugung nach dennoch möglich: „Wenn man es will.“ Mehr Potenzial, um den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten, sieht er aber darin, Teile des Wohnungsbestands neu zu ordnen: „Ausgangslage ist, dass die Leute in den falschen Wohnungen leben“, stellt er fest. Wenn Kinder ausziehen, bleiben die Eltern in der Regel in der für sie eigentlich zu großen Wohnung zurück. Dazu kommt, dass die Menschen immer mehr Raum für sich beanspruchen. Laut Daten des Statistischen Bundesamts ist die Wohnfläche pro Kopf in den vergangenen 30 Jahren um etwa zehn auf über 45 Quadratmeter angewachsen. „Dem Bewohner eines Ein-Personen-Haushalts steht statistisch betrachtet doppelt so viel Fläche zur Verfügung wie den Bewohnern einer Familienwohnung. Das verursacht Marktproblematiken.“ So stellt der Intendant fest, ohne derzeit zu sehen, wie die IBA darauf korrigierend Einfluss nehmen könne.

> **Ausgangslage ist, dass die Leute in den falschen Wohnungen leben.**
>
> Andreas Hofer,
> Intendant der IBA 2027
> StadtRegion Stuttgart

Günstiges Bauen ist möglich „wenn man es will“: Andreas Hofer

FOTO: VERBAND REGION STUTTGART FRANZISKA KRAUFMANN

Freiwillig enger zusammenrücken

Dass Menschen, insbesondere ältere und alleinstehende, freiwillig enger zusammenrücken, das wäre eine Option gegen die Wohnraummisere. Aber im Schwäbischen gilt der Satz: Einen alten Baum verpflanzt man nicht. Insofern müsste die IBA in ihrer Kommunikation das politisch eher unangenehme Thema aufgreifen: Wie bringt man in einer älter werdenden Gesellschaft Menschen über 50 dazu, neue Wohnformen zu akzeptieren, die einen Verzicht auf persönliche Quadratmeter abverlangen? Planer, so zeigen es deren Entwürfe für sogenannte Mikroappartments, sind weiter als ihre Kundschaft, die sich darauf zögerlich bis gar nicht einlässt.

OB Zieger sieht keine Lösung darin, den Menschen über Vorschriften zum Wohnungswechsel zu bringen. Er sieht darin „eine kommunale Managementaufgabe, attraktive Angebote zu schaffen“. Das sind für ihn kleine Wohnungen mit einer guten Infrastruktur, die alles bietet, was ältere Menschen benötigen. Auch junge Leute müssen seiner Meinung nach umdenken. In den ehemaligen Gebäuden der Hochschule will die Stadt Esslingen für Familien kleinere Wohnungen schaffen – mit Spielräumen für alle Kinder im Haus.

Im Nachbarkreis entsteht eine Anlage mit Wohnungen, in denen die persönlichen Wohnansprüche aufs Wesentliche reduziert sind. Dafür gibt es im Gebäude Gemeinschaftsräume und Gästeappartments, die dazu gemietet werden, wenn Besuch untergebracht werden soll.

ExklusivInterview mit IBA-Intendant Andreas Hofer auf demo-online.de

GEG-Chef Florian Kommer an einem Modell des neuen Hulsberg-Viertels. Das kommunale Klinikum Bremen Mitte wird derzeit umgebaut (r.).

Blaupause für die Zukunft

Wie aus einer früheren Krankenhaus-Fläche ein moderner Stadtraum mit unterschiedlichen Wohnformen werden soll

Autor Ulf Buschmann

Die Stadtgemeinde Bremen will neue Wege gehen. Statt rund 14 Hektar Fläche komplett an einen oder mehrere Investoren zu verkaufen und sich aus der Entwicklung herauszuhalten, bestimmen die Bürger, Politik und Verwaltung zu einem wesentlichen Teil gemeinsam, wie die Zukunft aussehen soll: Sie gestalten das „Neue Hulsberg-Viertel", so der Name, auf mehreren Ebenen miteinander. Ein besonders wichtiger Aspekt: Im Zuge der Entwicklung sollen 30 Prozent der entstehenden Wohnungen öffentlich gefördert sein. Dies sind fünf Prozent mehr, als das Land Bremen gesetzlich vorschreibt.

Beim Hulsberg-Viertel handelt es sich um Flächen, die das kommunale Klinikum Bremen-Mitte (KBM) mittel- bis langfristig nicht mehr benötigt. Die medizinische Versorgung der Patienten soll in den kommenden Jahren statt auf bislang 19 nur noch auf fünf Hektar geschehen. Dafür entstehen in der Nachbarschaft seit einigen Jahren Krankenhaus-Neubauten oder es werden bestehende Teile umgebaut. Doch statt es der ebenfalls städtischen Krankenhaus-Holding Gesundheit Nord (Geno) alleine zu überlassen, das nicht mehr benötigte KBM-Areal an den Meistbietenden zu verkaufen, hat sich die Stadtgemeinde Bremen dazu entschlossen, die Bürger früh mit ins Boot zu holen – sogar noch bevor Stadtplaner sich mit dem Areal auseinandersetzt haben. So ist das neue Viertel – laut Prospekt „das vielfältigste Konversionsprojekt der Stadt und der größte Entwicklungsstandort der Innenstadt" – eine Art Blaupause für die Stadtgesellschaft der Zukunft. Vor diesem Hintergrund sind im städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan – auf Wunsch der Bürger – nicht nur unterschiedliche Wohnformen hineingeschrieben worden, sondern auch Bedarfe an Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie Vorgaben zu den Themen Mobilität, Erschließung, Klimaschutz und auch Bürgerbeteiligung.

So ist jeder Grundstückseigentümer Mitglied im Quartiersverein. Diesem obliegt „die Organisation und Durchführung des quartiersbezogenen Mobilitätskonzeptes" sowie die „Beteiligung an der Pflege und Wartung der öffentlichen Freiflächen und Spielplätze". Außerdem soll der Verein die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts und die Koordination der Eigentümerinteressen übernehmen. Allerdings werden diese Planungen erst bei vollständiger Entwicklung des Hulsberg-Viertels in rund zehn Jahren zum Tragen kommen, so Florian Kommer. Er ist Geschäftsführer der Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, kurz GEG. Die Gesellschaft gehört zu 100 Prozent der Stadt Bremen. Ihre Arbeit findet unter vier Prämissen statt: Keine Störung des Klinikbetriebs, Entwicklung der Gesundheitswirtschaft am Standort, beim Verkauf der Grundstücke höchstmögliche Erlöse erzielen und die städtebaulichen Ziele umsetzen.

Dies alles seien ambitionierte Vorgaben, die durchaus einiges an Konfliktpotenzial in sich trügen, weiß Kommer schon jetzt. Insbesondere zwischen dem Verkauf der Grundstücke und der Umsetzung der städtebaulichen Ziele „im positiven Sinne eine immerwährende Abwägung zu treffen", ist für den GEG-Geschäftsführer eine sportliche Aufgabe. „Das Hulsberg-Viertel ist durch den Bebauungplan und den städtebaulichen Vertrag komplett designed", begründet Kommer etwas zugespitzt den Konflikt.

Anders ausgedrückt: Wer sich dazu entschließt, sich mit Geld im Hulsberg-Viertel zu engagieren, kann nichts mehr an den Vorgaben des Vertrags verändern. Dort heißt es klar, dass in diesem Teil Bremens rund 1.100 neue Wohnungen entstehen sollen. Davon werden 330 (rund 30 Prozent) öffentlich gefördert. Weitere 20 Prozent der Wohnungen sollen von Baugemeinschaften errichtet werden. Ein weiteres Grundstück ist für die Stadtteil-Genossenschaft Hulsberg vorgesehen. „In Planung sind 70 bis 100 Wohnungen, Gemeinschaftsräume, Räume für Veranstaltungen, vielleicht ein Café im Haus, kleine Läden im Erdgeschoss", heißt es auf der Internetseite www.hulsberg-genossenschaft.de. Im Blick haben die Mitglieder das heutige Bettenhaus des KBM.

> **„Das Hulsberg-Viertel wird keine Insel der Besserverdienenden.**
>
> Florian Kommer, Geschäftsführer der Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, (GEG)

Für die geförderten Wohnungen solle es eine garantierte Kaltmiete von 6,50 Euro geben, erläutert Kommer. Spannend werde es bei den Baugemeinschaften. Der übliche Wettlauf um den höchsten Preis beim Verkauf von Grundstücken sei nicht vorgesehen. Es gehe in erster Linie um das beste Konzept: Wie verhält es sich mit dem Einsatz ökologischer Baustoffe, wie mit nachbarschaftlichen Initiativen und wie ist es mit dem generations- beziehungsweise migrationsübergreifenden Zusammenleben?

Dies alles sei sehr ambitioniert, sagt der GEG-Chef. Doch bei näherer Betrachtung macht er auch keinen Hehl daraus, dass am Ende natürlich die marktwirtschaftlichen Komponenten zählen. Unklar ist, ob und wie Wohnungen, die nicht öffentlich gefördert werden, im mittleren Mietpreissegment entstehen. Ob das alles funktioniert, kann Kommer denn auch zurzeit ganz und gar nicht abschätzen. Nur in einem ist er sich schon jetzt sicher: „Das neue Hulsberg-Viertel wird keine Insel der Besserverdienenden."

FOTOS: ULF BUSCHMANN

Hier werden in Weyhe Einfamilienhäuser errichtet. Doch angesichts sich wandelnder Strukturen auf dem Wohnungsmarkt müssen auch mehr kleinere Wohnungen her. Dazu ist eine Kooperation über Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg sinnvoll.

Was passt wo?

Der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen entwickelt eine gemeinsame Wohnungsbaustrategie für 28 Mitgliedsgemeinden

Autor Ulf Buschmann

Strukturwandel auf dem Wohnungsmarkt: Einerseits steigen die Einwohnerzahlen, andererseits verändert sich die Struktur – weg von der klassischen Durchschnittsfamilie hin zu Ein- und Zweipersonen-Haushalten; eine der Auswirkungen des demografischen Wandels. Gefragt sind deshalb nicht mehr nur Ein- oder Mehrfamilienhäuser. Vielmehr müssen „passgenaue Wohnungen" her. Davon ist Andreas Bovenschulte, Vorsitzender des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen und Bürgermeister der Gemeinde Weyhe südlich der Hansestadt, überzeugt.

Analyse des Wohnungsmarkts

Bovenschulte bezieht sich auf die erste, seinen Worten nach „in der Tendenz interessante Analyse" des Kommunalverbund-Projekts „Wohnungsmarktbeobachtung und -strategie". Dahinter steht das Bestreben der 28 Kommunen, Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise, die auf einer Fläche von mehr als 3.000 Quadratkilometern rund 1,05 Millionen Einwohner repräsentieren, über ihre Grenzen hinweg „dringend bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen" zu schaffen, schreibt der Verband auf seiner Internetseite www.kommunalverbund.de. Bovenschulte legt eins drauf: „Es geht nicht darum, sich gegenseitig Einwohner abzujagen. Die Kommunen haben genug damit zu tun, ihre eigenen Leute mit Wohnungen zu versorgen." Das Problem lasse sich nur in gemeinsamer Ausrichtung über die kommunalen Grenzen hinweg lösen.

In der ersten Phase des Projekts haben die beteiligten Akteure in den vergangenen zwei Jahren Daten über den regionalen Wohnungsmarkt gesammelt. Dieser Teil sei jetzt nahezu abgeschlossen und befinde sich in der Endabstimmung, erklärt Bovenschulte. Wenn alle Erkenntnisse vorliegen, solle es in die zweite Phase gehen: Die Kommunen machen sich daran, eine „Regionale Wohnungsmarktstrategie" zu entwickeln. Sie wollen indes nicht das sprichwörtliche Rad neu erfinden.

Vielmehr geht es laut Bovenschulte darum, an Best-practise-Beispielen aufzuzeigen, wie die Zukunft einer Wohnungsbaustrategie aussehen kann. Im zweiten Teil gehe es darum, „wohnungspolitische Leitlinien als Ziel zu diskutieren", sagt der Kommunalverbund-Vorsitzende. Daraus solle eine gemeinsame Strategie abgeleitet werden. Bovenschulte geht davon aus, dass jede Kommune im Prinzip jede mögliche Wohnform vorhalten beziehungsweise anbieten muss. Die Zeiten, in denen beispielsweise in Bremen Mehrfamilien- und im Umland Einfamilienhäuser im Grünen entstanden, sind aus Bovenschultes Sicht vorbei.

Ein zweiter wichtiger Punkt der Strategie dürfte der massive Ausbau des geförderten Wohnungsbaus sein. Denn längst ist der Druck auf den Wohnungsmarkt nicht mehr nur in den großen Städten wie Bremen und Oldenburg groß. Auch in kleinen und mittleren Städten steigt die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum an. Davon sind selbst traditionelle Landgemeinden wie Bovenschultes eigene, Weyhe, nicht ausgenommen.

Bezahlbaren Wohnraum fordert Kommunalverbund-Vorsitzender Andreas Bovenschulte.

„Es müssen passgenaue Wohnungen her.

Andreas Bovenschulte, Bürgermeister der Gemeinde Weyhe bei Bremen

Teil des Modellvorhabens MORO

Vom Sozialen Wohnungsbau profitieren nicht nur Menschen mit schmalem Geldbeutel. Laut Paragraf 3 des Niedersächsischen Wohnungsbau-Förderungsgesetzes hat selbst die Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von 51.000 Euro ein Anrecht auf eine öffentlich geförderte Wohnung. „Es geht um breite Teile der Bevölkerung", sagt Bovenschulte.

Mit seinem Projekt ist der Kommunalverbund eines von zwölf Modellvorhaben in ganz Deutschland. MORO steht für „Modellvorhaben der Raumordnung". Es ist ein vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung betreutes Forschungsprogramm und unterstützt „die praktische Erprobung und Umsetzung innovativer Instrumente in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und der Region", wie es auf der Webseite heißt. Die Themen reichen „von der Integration Geflüchteter über Mobilität im ländlichen Raum bis hin zur Nachhaltigkeit". Jede Region versuche, die eigenen Herausforderungen mit Hilfe des Modellvorhabens zu lösen. Die Projektpartner treffen sich etwa alle sechs Monate zu ihren Projektwerkstätten, um bislang Erreichtes zu diskutieren, Modellvorhaben zu verstetigen und die Zusammenarbeit zu vertiefen. Zuletzt gab es im Mai ein Treffen in Bremen.

Weitere Informationen

www.weyhe.de
www.kommunalverbund.de

FOTOS: WJANTJE EHLERS; ULF BUSCHMANN

Einsatz in Kommunen für eine nachhaltige Bodenpolitik

Flächen sind ein knappes Gut. Die Diskussion um eine sozial gerechtere Bodennutzung ist zurzeit wieder aktuell

Autorin Karin Billanitsch

Mieter und Mieterinitiativen, Initiatoren von Stadtteilläden und Vertreter von Sozialverbänden, insgesamt mehr als 14.000 Menschen, sind im April in Berlin auf die Straße gegangen, um „den Mietenwahnsinn zu stoppen" und gegen steigende Mieten und Wohnungsmangel zu protestieren. Immobilienpreise für Eigentumswohnungen und Mieten kennen in den begehrten Ballungsräumen in Deutschland schon seit längerem nur eine Tendenz: nach oben. Hier schlagen steigende Baulandpreise durch. Die Diskussion um eine sozial gerechtere Bodennutzung ist mit neuer Intensität entflammt.

Münchner Aufruf

In Bayern haben mehrere Initiatoren den „Münchner Aufruf für eine andere Bodenpolitik" gestartet. Mit dabei sind etwa die ehemalige Stadtbaurätin Christiane Thalgott, Genossenschaftsexperte Christian Stupka und auch Ex-OB Christian Ude (SPD). Kurz gefasst geht es dem Bündnis darum, dass Grund und Boden nicht länger Objekt für Spekulantentum bleiben darf, weil er unverzichtbar sei. „Es verbiete sich, Boden dem freien Marktgeschehen zu überlassen", heißt es in dem Aufruf, der im Internet verbreitet wurde.

In die gleiche Kerbe schlägt auch Hans-Jochen Vogel, SPD-Chef von 1987 bis 1991, langjähriger Münchner OB sowie Bundesbau- und Bundesjustizminister. In einem Beitrag für demo-online.de schrieb Vogel: „Grund und Boden ist keine beliebige, je nach Bedarf produzierbare oder auch verzichtbare Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Er ist unvermehrbar und unverzichtbar. Jeder braucht ihn in jedem Augenblick seines Lebens wie das Wasser oder die Luft." Er forderte vor der Regierungsbildung vom neuen Bundestag auch den Einsatz einer „Enquête-Kommission", die „sich mit den Fakten beschäftigt und alle bisher bekannt gewordenen Lösungsansätze zusammenstellt." Eine Forderung, die sich nun im Koalitionsvertrag wiederfindet: „Für eine 'Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik' werden wir eine Enquête-Kommission einsetzen."

> **Grund und Boden ist keine beliebige, je nach Bedarf produzierbare oder auch verzichtbare Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz.**
>
> Hans-Jochen Vogel

„Grundsteuer C" soll kommen

Darüber hinaus soll mit der Einführung einer „Grundsteuer C" Städten, Landkreisen und Gemeinden ermöglicht werden, „die Verfügbarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke zu verbessern." Eine Grundsteuerreform steht ohnehin ganz oben auf der Agenda, vor allem seit das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer verfassungswidrig ist und bis Ende 2019 überarbeitet werden muss. Mit einem Ertrag von jährlich rund 14 Milliarden Euro ist die Steuer eine der wichtigsten Einnahmequellen von Städten und Gemeinden.

Es liegt nahe, bei der Reform die „Grundsteuer C" gleich mit zu regeln. Mit dieser Steuerart sollen brachliegende Flächen, die bebaubar sind, höher besteuert werden können. Eigentümer, die lange abwarten, sollen also dazu bewegt werden, die Grundstücke zu bebauen – oder zu verkaufen. Bodenspekulationen sollen auf diese Weise erschwert werden. Der Deutsche Städtetag begrüßte das jüngst ausdrücklich: „Spekulatives Horten von Bauland ist vielerorts ein Problem. Eine ‚Grundsteuer C' kann den Städten helfen, dagegen vorzugehen. Eine solche Handhabe haben sich die Städte schon lange gewünscht und mehrfach gefordert", so Städtetags-Vizepräsident Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg.

FOTO: MARCO2811/STOCK.ADOBE.COM

Gemeinden können Einfluss auf die Inanspruchnahme von Flächen nehmen.

Vorkaufsrechte und Konzeptvergabe

Eine andere Idee ist es, kommunale Vorkaufsrechte zum Beispiel für Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) auszuweiten – wie es im Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Erst vor kurzem hat auch die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen in Bund und Ländern das Thema „bezahlbarer Wohnraum" auf ihre Agenda gehoben und als „die soziale Frage unserer Zeit" bezeichnet. Die Politiker forderten eine Wohnbau-Offensive des Bundes. Außerdem wollen sie auch die Rahmenbedingungen für eine gute Bodenvorratspolitik vor Ort verbessern: „Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Grundstücke zu halten, für Gemeinwohlaufgaben einzusetzen und zu mehren." Denn Boden, der der Gemeinde gehört, kann der Spekulation entzogen werden. Außerdem forderten die SPD-Politiker die Möglichkeit der Vergabe nach dem besten Konzept – „nicht nach dem höchsten Preis".

Städtebauliche Verträge

Bereits heute haben Gemeinden im Baurecht die Möglichkeit, in städtebaulichen Entwicklungsverträgen mit Investoren Konditionen zu verhandeln, wobei sich Investoren bereit erklären, mit Teilen ihres Planungsgewinns Infrastrukturmaßnahmen zu bezahlen. Laut Hans-Jochen Vogel hat die Stadt München so zwischen 1994 bis 2015 Gewinne in Höhe von 628 Millionen Euro abgeschöpft. Jedoch gehen diesen Weg bei weitem nicht alle Städte, nicht zuletzt, weil Verhandlungsposition und Ausgangslage verschieden sind.

Es gibt auch Überlegungen in der SPD, das Städtebaurecht weiterzuentwickeln, zum Beispiel durch Innenentwicklungsmaßnahmengebiete (IEG) für verstreutes und nicht genutztes Bauland in Gemeinden.

Weiterführende Links zum Thema

www.demo-online.de/blog/bodenrechtsreform-verdraengte-herausforderung
www.initiative-bodenrecht.de/
www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/beschluss-konferenz-vorsitzenden-spd-fraktionen
www.staedtetag.de/fachinformationen/stadtentwicklung/083228/index.html

Schicke, teure Fassaden am Kölner Rheinufer. Bezahlbarer Wohnraum dagegen ist in der Domstadt ein rares Gut.

Die-30-Prozent-Vorgabe

Die Politik in Bonn und Köln will Investoren stärker in die Pflicht nehmen. Helfen soll auch das „Baulandmodell“

Autorin Maicke Mackerodt

Bezahlbarer Wohnraum ist gerade in Städten ein rares Gut. Vielerorts soll mit dem „Baulandmodell“ der Anteil an preiswerten, sozial geförderten Wohnungen gesteigert werden. Dahinter steckt die Idee, bei Planvorhaben, die eine neue Bebauungsplanung brauchen, einen Teil der Wohnungen als öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten. Vorreiter war 1994 die Stadt München mit ihrem Modell der „Sozialgerechten Bodennutzung“.

Dramatische Wohnungsnot droht

Seit dem Jahr 2014 gilt auch in Köln das „Kooperative Baulandmodell“. Es soll bei jedem Projekt, bei dem mehr als 20 Wohnungen geschaffen werden, sicherstellen, dass der Anteil an Sozialwohnungen mittlerweile 30 Prozent beträgt. Wichtig ist: Auf den Grundstücken darf kein Planungsrecht bestehen. Zusätzlich müssen sich Investoren anteilig an der Infrastruktur wie Kindergartenplätzen und Schulen beteiligen oder Flächen dafür bereitstellen.

Die Stadt steuert auf eine dramatische Wohnungsnot zu. Von knapp 556.000 Wohnungen waren Ende 2016 etwa 38.000 von der öffentlichen Hand gefördert. Die Lücke, die sich jährlich auftut, kann das Kooperative Baulandmodell sicher nicht allein schließen: „Das Modell ist gar nicht primär für den preiswerten Wohnungsbau in der Stadt mit seinen teuren Grundstückspreisen gedacht“, weiß Michael Frenzel. Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Kölner SPD plädiert bereits seit dem Jahr 2005 für das Baulandmodell, weiß aber auch, dass es letztendlich kein Allheilmittel ist. „Es ist vor allem ein gutes Instrument, mit dem für eine soziale Durchmischung in neu entstehenden Quartieren gesorgt wird, die insbesondere auf der grünen Wiese am Stadtrand entstehen.“

Neben dem Kooperativen Baulandmodell gibt es ein weiteres, vom Stadtrat beschlossenes Instrument, das den Sozialen Wohnungsbau voranbringen soll: die Konzeptvergabe. Hierbei verkauft die Stadt nicht mehr Grundstücke an den Höchstbietenden, sondern das beste Konzept entscheidet. Dazu gehört dann auch, wie viele Sozialwohnungen geplant sind.

Das schon erwähnte Baulandmodell startete mit einigen Schwierigkeiten: 2013 wurde es vom Rat bewilligt, um den geförderten Wohnungsbau schneller auf den Weg zu bringen. Von Investoren war bald zu hören, dass sich die Baugenehmigungen durch den komplizierten Prozess der Angemessenheitsprüfung noch weiter in die Länge zogen. Die Stadt besserte nach. Die komplizierte Prüfung wurde 2017 verändert. Die Angemessenheit der Verpflichtungen des Investors wird jetzt als Regelfall vorausgesetzt. Nicht zuletzt, weil die alte Regelung Investoren das Schlupfloch bot, Neubauten so herunterzurechnen, dass sich Sozialwohnungen nicht lohnten. „Ja, das ist eine Gefahr gewesen“, so Frenzel. Seit der Überarbeitung wurden in Köln zwölf neue Vorhaben mit 2.350 Wohnungen mit bis zu 720 Sozialwohnungen beantragt.

„Das Baulandmodell ist vor allem geeignet für klassische Bauvorhaben auf der grünen Wiese“, sagt Michael Frenzel.Im Herbst 2017 startete mit den Junkersdorfer Stadtgärten das erste Bauprojekt, bei dem das Baulandmodell greift. 35.000 Quadratmeter in ländlicher Idylle, stadtnah. Eigentlich verpflichtet das Modell den Investor, bei 20 Wohneinheiten, mindestens 30 Prozent der Wohnungen als öffentlich gefördert anzulegen. Weil die Junkersdorfer Stadtgärten mit 139 Wohnungen und 53 Einfamilienhäusern aber noch unter die Übergangsregelung fallen, wird es nur 20 Prozent geförderte Wohnungen geben.

Im Neubaugebiet Junkersdorf beteiligen sich die Investoren auch an den Infrastrukturkosten, übernehmen zu 66 Prozent die Folgekosten für Grundschulen und Kindergärten. Zudem ein positiver Nebeneffekt für Frenzel, der gar nicht beabsichtigt war: „30 Prozent geförderter Wohnungsbau werden von den Investoren inzwischen als gesetzt angesehen, selbst wenn das Modell gar nicht greift. Vorher mussten wir immer sehr kämpfen, das ist mittlerweile akzeptiert.“

> **„Das Baulandmodell eignet sich vor allem für klassische Bauvorhaben auf der grünen Wiese.“**
>
> Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Kölner SPD

Vorbild für Bonn

Die Kölner Erfahrungen waren wichtig auch für Bonn. Es gehört deutschlandweit zu den Städten mit den höchsten Mieten und hat mit 12.000 Sozialwohnungen nur einen geringen Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen. Notwendig wäre das Doppelte. Etwa 60 bis 80 Prozent der Bauvorhaben werden in Bonn auf Flächen geplant, die auf altem Baurecht beruhen – das Baulandmodell greift hier nicht.

In Bonn beschloss der Rat voriges Jahr, das Modell solle nur bei nicht-öffentlichen Liegenschaften und Neubauten mit mindestens 25 Wohneinheiten zum Tragen kommen. Von jährlich 1.000 Neubauwohnungen fallen bisher nur 200 unter diese Neuregelung. Davon sollen 30 Prozent per Vorgabe zu Sozialwohnungen werden, weitere 20 Prozent zu preiswerten Wohnungen. Das Baulandmodell soll Investoren verpflichten, den angespannten, sozialen Wohnungsmarkt zu entlasten. Bis Ende 2019 will Bonn potenzielles Wohnbauland erfassen und konkrete Strategien erarbeiten.

FOTO: MAJONIT/STOCK.ADOBE.COM

Schluss mit der Platzverschwendung

In den Städten ist Baugrund knapp. Doch über Supermärkten und Parkplätzen ist noch reichlich Luft für Wohnungen

Autor Carl-Friedrich Höck

Es wirkt aberwitzig. In den Städten und Ballungsräumen fehlen Hunderttausende Wohnungen. Politik und Wohnungsbauunternehmen suchen händeringend nach Baugrund. Und dennoch gibt es sie überall: Einstöckige Supermärkte, in Standardbauweise mitten in die Metropolen gesetzt, mit großzügigen Parkplätzen davor. Große Flächen, kaum bebaut.

Mit dieser Platzverschwendung könnte bald Schluss sein. In Berlin sorgte Anfang des Jahres eine Ankündigung des Discounters Aldi für Aufsehen. Der Lebensmittelhändler will an mindestens 30 Standorten in der Hauptstadt gemischt genutzte Immobilien schaffen. Mehr als 2.000 Wohnungen sollen in Kombination mit Aldi-Märkten entstehen. Auch der Discounter Lidl „baut schon seit vielen Jahren gemischt genutzte Immobilien", teilt die Pressestelle mit. Derzeit würden Projekte in Frankfurt, Hamburg, München und Berlin vorbereitet. Es gibt sogar ein neues Standard-Baukonzept: Die Lidl-Metropolfiliale. Sie verfügt im Erdgeschoss über Einkaufsflächen und PKW-Stellplätze, darüber können nach Bedarf Wohnungen oder Büros entstehen.

Damit reagieren die Supermarktketten auf einen Trend, den die Politik rege befördert. Das Land Berlin zum Beispiel verfolgt eine Strategie der Nachverdichtung. „Dazu sind auch Einzelhandelsimmobilien in den Fokus zu nehmen, die im Verhältnis zu ihrer Umgebung baulich untergenutzt sind", heißt es in einer 2016 erschienenen Broschüre der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Der Senat stellt eine bemerkenswerte Rechnung auf: „An rund 330 städtebaulich integrierten Standorten von eingeschossigen Lebensmittelmärkten könnten nach grober Potenzialabschätzung rechnerisch zwischen 14.000 und 36.000 Wohneinheiten realisiert werden." Bundesweit, schätzt der Darmstädter Architekturprofessor Karsten Tichelmann in einem ARD-Bericht, könnte in den Ballungsräumen sogar noch Platz für eine Million Wohnungen sein.

So werden innerstädtische Flächen besser genutzt. Oben: Planung für einen Aldi-Markt in Berlin-Lichtenberg. Unten: das Dantebad-Projekt in München.

FOTOS: ALDI NORD; ROLAND WEEGEN/GEWOFAG

Mit Gesprächen will die Politik die Einzelhändler zum Umdenken bewegen. Die Berliner Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) hat im vergangenen Juni Lebensmittelbranche, Stadtentwickler und Wohnungswirtschaft zu einem „Supermarktgipfel" geladen. Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) hat bereits Ende 2016 Vertreter großer Supermarktketten ins Rathaus eingeladen, um mit ihnen über die Flächenpotenziale ihrer Grundstücke zu sprechen.

Die Vorteile für die Unternehmen liegen auf der Hand: Indem sie ihre Supermärkte mit Wohnungen bebauen, können sie zusätzliche Einnahmen generieren. Außerdem gewinnen sie neue Kunden, die die Einkäufe bequem mit dem Fahrstuhl in ihre Wohnung bringen können. Zu diesen Argumenten kommt der Druck der Kommunen. „In den neuen Siedlungsgebieten weist die Stadt ohnehin nur noch Baurecht für solche in die Bebauung integrierten Konzepte aus", sagt ein Sprecher des Münchner Baureferates. Bei bestehenden Märkten kann das Baurecht ebenfalls zum Zuge kommen. Etwa, wenn – wie derzeit an zwei Lidl-Standorten in Frankfurt am Main – die Verkaufsfläche vergrößert werden soll. Zusätzliche Wohnungen oder Gewerbeflächen können dann überzeugende Argumente sein, wenn die Lebensmittelhändler mit der Bauverwaltung verhandeln.

Preiswertes Wohnen am Dantebad

Bereits genutzte Flächen zu überbauen, funktioniert nicht nur auf Supermärkten, sondern auch auf Parkplätzen. In München etwa hat die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG im Jahr 2016 über den Stellflächen am Dantebad 100 Wohnungen errichtet, überwiegend Einzimmerappartements. Es handelt sich um ein Pilotprojekt im Rahmen des Wohnungsbau-Sofortprogrammes der Stadt. Das Besondere: Der komplette Bau berührt den Grund nur mit den beiden Kopfbauten und zwei Treppenhäusern. Die Außen- und Innenwände sowie Decken bestehen überwiegend aus Holzelementen. Dank einer Modulbauweise war der Bau in sechs Monaten fertiggestellt. Die Bäder wurden sogar komplett vorgefertigt und mussten nur noch mit dem Kran ins Gebäude hineingehoben werden.

Das Projekt „stellt einen wichtigen Baustein zur Schaffung zusätzlicher günstiger Wohnungen vor allem für Familien mit geringem Einkommen, für Auszubildende und junge Berufstätige sowie für anerkannte Flüchtlinge dar", sagt ein Sprecher des Stadtplanungsreferates. Wie die GEWOFAG mittelt, hat das Unternehmen mittlerweile auch schon zwei weitere Projekte in Holzhybridbauweise errichtet, bei denen auf die Erfahrungen des Dantebad-Projektes zurückgegriffen werden konnte.

POTENZIAL

36.000

Wohnungen könnten in Berlin auf Supermärkten entstehen, bundesweit sogar eine Million.

QUELLE: SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT (2016) / ARD

Weitere Informationen und eine erweiterte Fassung des Artikels auf
demo-online.de/supermarkt

Die Mutmacherinnen

Wie Amtsträgerinnen in Böblingen mit FRIDA Leidenschaft für Lokalpolitik wecken wollen

Autorin Sarah Holczer, Stadträtin in Herrenberg

DEMO-SERIE

Am 30. November 1918 trat das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft. Damit konnten Frauen am 19. Januar 1919 in Deutschland bei der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung zum ersten Mal reichsweit wählen und gewählt werden.

Was verbinden Frauen 100 Jahre später mit diesem Erfolg? Wie sind sie in der Politik vertreten? Welche erfolgreichen historischen Vorbilder gibt es? Wie kann gendergerechte Kommunalpolitik aussehen? Was ist die Zukunft der Frauenrechte?

Mit diesen Themen beschäftigt sich die DEMO-Redaktion im laufenden Jahr 2018 in einer Artikel-Serie. *(KB)*

Manchmal ist es gut, innezuhalten und zurückzublicken: 100 Jahre Frauenwahlrecht. Eine Gelegenheit, all jenen, die schon so viel geleistet haben, Dank zu sagen – um dann durchzuatmen und mit frischem Mut und neuer Leidenschaft etwas neues „Altes" zu wagen. Ich bin keine klassische Frauenrechtlerin. Ich bin schon immer selbstbestimmt und selbstbewusst meinen Weg gegangen. Unbeeindruckt von Hierarchien, Klischees und Dogmen. Für mich hat es persönlich nie eine Rolle gespielt, ob ich eine Frau bin oder nicht. Dennoch war mir immer bewusst, vielen Frauen geht es nicht so. Sie haben dieses Selbstverständnis nicht mit in die Wiege gelegt bekommen. Reflektieren ist mein Schlüsselwort. Ich habe überlegt, wie ich diese Leidenschaft, die ich für Kommunalpolitik in mir trage, auch in anderen wecken kann? Wie ein Geschenk des Himmels kam dann die Idee zu FRIDA.

Im Frühsommer 2017 gründete sich in Böblingen die parteiübergreifende Initiative FRIDA – Frauen in die Parlamente. Allesamt aktive Kommunalpolitikerinnen mit Mandat, im Vorstand einer Organisation, einer Partei oder als Gleichstellungsbeauftragte aktiv. Mit dem Blick auf die Kommunalwahlen 2019 war das Ziel sofort definiert: 50 Prozent Frauen in die kommunalen Parlamente! Das Konzept: Acht kreisweite Veranstaltungen, bei denen die kommunalen Mandatsträgerinnen aus dem Nähkästchen plaudern und dabei versuchen, bei den anwesenden Frauen den kommunalpolitischen Funken zu zünden. Das Ganze soll niederschwellig sein, eingerahmt von Musik, Kultur und auch Kulinarischem. Weg von den schnöden „Ich-mach-Politik-und-bin-toll-Veranstaltungen".

Die Finanzierung war der Knackpunkt. Schnell war klar, dass das Budget nicht reichen wird, wenn eine gewisse Qualität geboten werden soll. Die zündende Idee kam mitten in der Nacht: Wir sind eine kreisweite Initiative, die basisdemokratische Arbeit leistet – ergo muss ein interfraktioneller Antrag im Kreistag auf finanzelle Unterstützung von FRIDA gestellt werden. Gedacht, geschrieben, eingebracht und genehmigt. Der Antrag wurde einstimmig (mit Enthaltungen bei der CDU, die den Antrag auch nicht mit eingebracht hat) angenommen und FRIDA einmalig mit 5000 Euro gefördert. Landrat Roland Bernhard unterstützte die Initiative von Beginn an. Die Auftaktveranstaltung fand im Landratsamt in Böblingen unter seiner Schirmherrschaft statt. Ein wichtiges Signal.

Mehr als die Hälfte der Veranstaltungen sind bereits gelaufen. Die Resonanz reicht von 30 bis hin zu 170 Interessierten. Aufgabe der Rätinnen ist, auf die anwesenden Frauen zuzugehen und ihnen Mut zu machen, sich für ein kommunalpolitisches Mandat zu bewerben. Denn jede hat ein Thema, das mit Kommunalpolitik zu tun hat. Es liegen Kontaktformulare für interessierte Frauen aus, die nach solch einem Abend Lust haben, sich weiter mit den Kommunalwahlen 2019 zu befassen. Der Rücklauf und das Feedback sind durchweg positiv. Im Nachgang bietet FRIDA weitere Informationsabende im kleinen Kreis an. Einige Frauen haben sich bereits aktiv mit Parteien getroffen, um gemeinsam das Thema anzugehen. FRIDA ist jetzt schon ein Erfolg – denn das Engagement jeder Frau wird gebraucht.

In neun Jahren Gemeinderatsarbeit habe ich eindrucksvoll erlebt, wie wir leidenschaftlich und emotional über Kindergartengebühren, Kindergartenneubauten und deren Standort, Schulsanierungen, Jugendhäuser sowie Einkaufen vor Ort debattieren. Themen, die uns Frauen im Alltag häufiger begegnen als den männlichen Ratskollegen. Wir Frauen haben einen anderen Blickwinkel auf diese Themen. In den Debatten im Gemeinderat mit Quoten von 25 bis 30 Prozent Frauen spiegelt sich diese unmittelbare Betroffenheit aber nicht wieder. Es entsteht ein Ungleichgewicht. Und darauf treffen wir, wenn die Menschen sagen: „Die Politik versteht uns nicht." Zu Recht?

Plädoyer für eine Qote

Es braucht ein Engagement wie FRIDA, das klar und laut sagt: „Wir brauchen 50 Prozent Frauen in den Parlamenten!" Aktuell kommen in Deutschland auf 100 Frauen 97 Männer. Auch wenn Männer es wirklich gut meinen, ehrlich und empathisch versuchen, die Lebenswirklichkeit der Frauen in die politischen Entscheidungen einfließen zu lassen und wiederzugeben – es bleibt ein Versuch. Nur wir Frauen können unsere Lebenswirklichkeit in die politischen Entscheidungen so einbringen, wie es unsere Bedürfnisse erfordern. Und genau deshalb bedarf es der Quote.

Die politische Willensbildung wie auch der Weg zu einem demokratisch gewählten Mandat spiegelt die Lebenswirklichkeit der Männer wieder. Die Mandatsträgerinnen passen sich diesen Systemen schnell an und versuchen, in ihnen zu funktionieren. Dennoch ist es an der Zeit, diesen Weg und das System der politischen Entscheidungsprozesse den Bedürfnissen von Frauen anzupassen. Frauen haben oftmals eine andere Herangehensweise als Männer, um eine Lösung zu finden. Genau diese Unterschiedlichkeit könnten wir uns in einer modernen, transparenten und offenen Politik zunutze machen.

Dafür benötigen wir aber die Frauen in den Parlamenten. Wie bekommen wir diese dort hin? Indem wir akzeptieren, dass unsere Bevölkerung nun mal zu jeweils 50 Prozent aus Frauen und Männern besteht und jeder dieser Bevölkerungsgruppen ihr Anteil zusteht. Die Erfahrungen mit FRIDA zeigen, dass es genügend Frauen gibt, die interessiert, qualifiziert und bereit dafür sind. Es ist nun an der Politik, alte Strukturen aufzubrechen, Platzhirsche in die Schranken zu weisen und neue Denkweisen – die so neu gar nicht sind – zu leben.

Demokratie kann nur bestehen, wenn Männer und Frauen gemeinsam mit frischem Mut und neuer Leidenschaft voranschreiten.

FOTO: SARAH HOLCZER

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Bezahlbares Wohnen und Bauen gelingen nur gemeinsam

Kommunen brauchen die Unterstützung von Bund und Ländern, um überall gute Lebensverhältnisse zu schaffen

Autor Sören Bartol

Handwerker verputzen eine Hauswand in Bonn. Teamarbeit ist auch in der Politik gefragt.

Deutschland fehlen 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen, so eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung. In Großstädten mit angespannten Wohnungsmärkten hätten mittlerweile 35 bis 50 Prozent der privaten Haushalte Anspruch auf den Bezug einer Sozialwohnung. Vor allem für Familien, Alleinerziehende, Rentner und Studierende fehlt bezahlbarer Wohnraum. Gleichzeitig haben wir in ländlicheren Regionen Deutschlands mehr als eine Million leerstehende Wohnungen.

Diese Dynamiken machen ganz klar: Wohnen bezahlbar und lebenswert zu gestalten, Gemeinden aber auch lebenswert zu erhalten, ist eine der zentralen sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Deswegen müssen wir die Wohnungsbauoffensive als wichtigstes Mittel gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten, die wir in der vergangenen Legislaturperiode unter Federführung unserer Bundesbauministerin Barbara Hendricks gemeinsam mit dem von uns initiierten „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen" begonnen haben, konsequent fortsetzen. Dabei gilt es, die Aufgaben aktiv, mit mutigen Zukunftsvisionen und konkreten Maßnahmen anzugehen, und zwar gemeinsam mit den Kommunen. Der Koalitionsvertrag bietet eine sehr gute Grundlage hierfür. Notwendig ist ein Mix aus Instrumenten, die sowohl die Anforderungen von wachsenden Metropolen als auch die Bedürfnisse von kleinen Städten und Kommunen im Blick haben: Investitionsanreize für den öffentlichen und privaten Wohnungsbau, Mobilisierung von Bauland, Städtebauförderung für lebenswerte Städte und Gemeinden, Förderung von Wohneigentum, Weiterentwicklung unseres sozialen Mietrechts und die Anpassung des Wohngelds an die verschiedenen Lebensbedingungen seiner Empfängerinnen und Empfänger.

Die Kommunen brauchen die Unterstützung seitens des Bundes und der Länder – vor allem beim Sozialen Wohnungsbau, einer aktiven Bodenpolitik, einem Aufwuchs beim Fachpersonal in den Kommunalverwaltungen und bei kommunalen Stadtentwicklungs- und Wohnraumkonzepten.

Die Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum hat sich in den vergangenen Jahren auch durch Zuzug zu einem gesamtstaatlichen Problem entwickelt, für das der Bund wieder mehr Verantwortung übernehmen muss. Durch eine Grundgesetzänderung wollen wir den Sozialen Wohnungsbau langfristig verstetigen. In der Vergangenheit haben einige Länder die bereitgestellten Bundesmittel leider für Zwecke außerhalb des Sozialen Wohnungsbaus verwendet. Leidtragende waren die Kommunen vor Ort, die mit den Problemen der Wohnungsförderung alleine gelassen wurden.

> **„Wenn wir den immensen Druck aus den Ballungszentren herausnehmen wollen, müssen die ländlichen Räume langfristig lebenswert bleiben.**
>
> Sören Bartol, MdB

Die Förderung von Sozialem Wohnungsbau muss Hand in Hand gehen mit einer nachhaltigen Baulandmobilisierung und einer gemeinsamen Liegenschaftspolitik von Bund, Ländern und Kommunen. Auch hier haben wir einiges vor. Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den Ländern und Kommunen für die soziale Wohnraumförderung bundeseigene Grundstücke günstiger zur Verfügung stellen wird. Der Verkauf von öffentlichem Grundeigentum muss sich am besten Konzept und nicht am höchstem Preis ausrichten. Dadurch stärken wir auch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, die Garantinnen für bezahlbaren Wohnraum sind.

Klar ist: Wenn wir den immensen Druck aus den Ballungszentren herausnehmen wollen, müssen die ländlichen Räume und kleinen bis mittelgroßen Städte langfristig lebenswert bleiben. Und wir müssen die ländlichen Räume in Zukunft viel besser mit den Städten vernetzen. Dafür braucht es Investitionen in den Nahverkehr und die Infrastruktur, genauso wie Innovationen. Autonomes Fahren eröffnet beispielsweise neue Möglichkeiten die Beziehung von Stadt und Land zu gestalten.

Umso mehr freuen wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion, dass im Bundestag ein neuer Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen beide Themen miteinander verknüpft. Dabei haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Kommunen mit an Bord sind. Wir sind überzeugt, dass wir die gesellschaftlich so wichtigen Themen rund ums Bauen und Wohnen sinnvoll mit den Bereichen Stadt- und Regionalentwicklung zusammendenken und immer die kommunale Handlungsfähigkeit im Blick haben müssen.

Solidarität bedeutet auch, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, denn vor Ort entscheiden sich Lebenschancen und gelingt gesellschaftliche Teilhabe. Gut, sicher und bezahlbar zu wohnen, ist eine Voraussetzung dafür.

V.i.S.d.P.:
Carsten Schneider, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, carsten.schneider@spdfraktion.de

FOTO: UTE GRABOWSKY/PHOTOTHEK.NET

Drei Fragen an …

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

„Wohnen ist die neue soziale Frage", hat Andrea Nahles kürzlich erklärt. Was ist vom zuständigen Bundesminister Horst Seehofer zu erwarten?

Ich hoffe, dass man hier nicht zu sehr zwischen „erwarten" und „erhoffen" unterscheiden muss … Definitiv ist Wohnen eines der zentralen Zukunftsthemen. Virulent ist es schon heute in vielen Großstädten, aber auch im ländlichen Raum müssen Probleme rund um Wohnraummangel, Wohnungsleerstand, Barrierefreiheit und so weiter gelöst werden. Letztlich gilt für nahezu alle Bundesländer: Der Wohnungsmarkt ist ähnlich gespalten wie unsere Gesellschaft als Ganzes. Die einen finden selbst mit mittlerem Einkommen in bestimmten Städten keine bezahlbare Wohnung mehr, die anderen finden keine Interessenten für ihre Immobilien. Hier ist dringend auch der Bund gefordert, denn es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Was ist besonders dringlich?

Dringlich ist vieles. Zum Beispiel brauchen wir dort, wo der Wohnungsbestand total überaltert ist und Leerstände und „Problemimmobilien" zu beklagen sind, kluge Erneuerungsstrategien. Darüber hinaus ist für mich eine Ausweitung des Sozialen Wohnungsbaus das A und O. Dafür ist der erste Schritt getan. Das Bundeskabinett hat sich darauf geeinigt, einen Artikel 104d ins Grundgesetz aufzunehmen. Der soll dem Bund ermöglichen, den Ländern zweckgebunden Finanzhilfen für Sozialen Wohnungsbau zu gewähren. Nun gilt es, im Deutschen Bundestag wie auch im Bundesrat die verfassungsändernden Mehrheiten zu gewinnen. Deshalb mein Appell an die Vertreter der GRÜNEN und auch der FDP: Verschließen Sie sich nicht! Wohnen darf kein Luxus werden!

Um das zu erreichen, dürfte Sozialer Wohnungsbau allein nicht ausreichen …

Das stimmt. Der Koalitionsvertrag sieht ja auch diverse andere Maßnahmen vor, die kürzlich bei einem Treffen der Koalitionsspitzen konkretisiert wurden. Mehr Transparenz bei der „Mietpreisbremse" z.B., damit die Rechte der Mieter gestärkt werden. Eine Begrenzung der sogenannten Modernisierungsumlage, damit Vermieter die Miete künftig „nur" noch um maximal 3 Euro/Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren erhöhen dürfen und Menschen nicht mehr aus ihren vertrauten Wohnungen „rausmodernisiert" werden. Und grundsätzlich gilt natürlich: Wer günstigen Wohnraum will, muss günstiges Bauen ermöglichen. Die Stärkung der Kommunen bei der Baulandmobilisierung ist unabdingbar. Jenseits von diesen konkreten Punkten geht es aber auch ums Grundsätzliche: Wir brauchen eine Debatte über eine zukunftsweisende öffentliche Wohnungsmarktpolitik, insbesondere unter Einbeziehung von Genossenschaften. Ein Blick nach Österreich, wo das seit Langem erfolgreich betrieben wird, könnte sich lohnen.

SPD in der Stadt Kiel weiter stärkste Kraft

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein verlieren die Sozialdemokraten jedoch überall Stimmenanteile

Am 6. Mai haben in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen stattgefunden. 2,375 Millionen Bürger waren aufgerufen, ihr Kreuz zu machen. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,1 Prozent und somit 0,4 Prozentpunkte über der Beteiligungsquote 2013.

Die SPD erzielte bei den Kreiswahlen landesweit 23,3 Prozent der Stimmen. Das entspricht einem Verlust von 6,5 Prozent gegenüber den Kreiswahlen 2013. In allen kreisfreien Städten und Landkreisen verschlechterte sich das SPD-Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Wahl. Je nach Region fielen die Verluste unterschiedlich hoch aus.

Am wenigsten Stimmenanteile verlor die SPD in Flensburg (-2,5). Allerdings hat die SPD dort – verglichen mit den anderen kreisfreien Städten – zugleich das niedrigste Ergebnis erzielt, nämlich 18,2 Prozent der Stimmen. Das beste Ergebnis erkämpften sich die Genossen in der Landeshauptstadt Kiel mit 29,9 Prozent. Damit bleibt die Partei trotz Verlusten von 5,8 Prozent die stärkste Kraft in der Kieler Ratsversammlung. Auch in Lübeck stellt die SPD mit einem Ergebnis von 27,6 Prozent (-6,2) weiterhin die größte Fraktion. In Neumünster reichte es mit 27,4 Prozent (-6,6) immerhin wieder zu Platz zwei. Somit schnitt die SPD in drei von vier kreisfreien Städten deutlich besser ab als im Landesdurchschnitt.

Die höchsten Verluste musste die SPD in den Kreisen Stormarn (-8,2 Prozentpunkte) und Rendsburg-Eckernförde (-8,4) hinnehmen. Die geringsten Stimmeneinbußen auf Kreisebene gab es für die Sozialdemokraten in Nordfriesland (-4,4 auf nun 19,4 Prozent) und Schleswig-Flensburg (-5,4 auf 20,1 Prozent). Die besten Resultate bei den Kreistagswahlen erzielten die Genossen in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Olstholstein (jeweils 24,8 Prozent) sowie Pinneberg (24,4 Prozent).

Die CDU erreichte landesweit 35,1 Prozent der Stimmen und schnitt somit ebenfalls schlechter ab als 2013 – mit einem Minus von 3,8 Prozentpunkten. Etwas besser als zuletzt kamen die Grünen ins Ziel. Auf sie entfielen landesweit 16,5 Prozent der Stimmen, was einem Plus von 2,8 Prozent entspricht. Zulegen konnte auch die FDP mit landesweit 6,7 Prozent, also 1,7 Prozent mehr als bei der vorangegangenen Wahl. Die AfD, die erstmals bei einer Kommunalwahl in Schleswig-Holstein angetreten war, erhielt 5,5 Prozent der Stimmen. Die Linke landete insgesamt bei 3,9 Prozent und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) bei 2,3 Prozent.

SPD-Landeschef Ralf Stegner sieht die Bundespartei in der Mitverantwortung für das enttäuschende Abschneiden der Sozialdemokraten. „Die schlechten bundesweiten Umfrageergebnisse von unter 20 Prozent nach einer wochenlangen Debatte um die große Koalition haben für kräftigen Gegenwind gesorgt und es den vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern der SPD sehr schwer gemacht", schreibt er in einem Statement auf seiner Homepage.

Kieler Rathaus

Dieses ehrenamtliche Engagement sei nicht selbstverständlich. Die vielen engagierten Sozialdemokraten hätten leidenschaftlich gekämpft und zumindest verdient, dass mehr Menschen zur Wahl gehen und deren Arbeit honorieren. Die bescheidene Wahlbeteiligung und der Aufstieg von Rechtspopulisten und zusätzlichen Wählergemeinschaften seien eine Herausforderung für die Volksparteien SPD und CDU.

Insgesamt zeige das Ergebnis Licht und Schatten, schreibt Stegner weiter. „Trotz landesweiter Verluste konnten wir in Kiel und Lübeck erneut stärkste Kraft werden. Dort bekommt die SPD mit ihrer sozialen Politik für kostenfreie Kitas oder bezahlbaren Wohnraum weiterhin viel Zustimmung. Die gute Arbeit des beliebten Oberbürgermeisters Ulf Kämpfer oder der kürzlich erfolgreiche Oberbürgermeisterwahlkampf von Jan Lindenau in Lübeck haben dort sicher für zusätzlichen Rückenwind gesorgt." *CFH*

Wahlbericht und Statistiken

bundes-sgk.de

FOTOS: DIRK BLEICKER; RA BOEZ/WIKIPEDIA/LIZENZ: CREATIVE COMMONS CC-BY-SA-3.0 DE

SGK-Vorstandswahlen in drei Bundesländern

Kirsten Fründt bleibt Vorsitzende der SGK Hessen. Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 21. April in Langgöns wurde die Landrätin des Kreises Marburg-Biedenkopf einstimmig wiedergewählt. Im Amt bestätigt wurde auch ihr Stellvertreter Andreas Güttler, Kreistagsvorsitzender des Landkreises Kassel. Neu zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt ist Frank Matiaske, Landrat des Odenwaldkreises. Schatzmeister bleibt Axel Weiss-Thiel, Stadtrat in Hanau.

Die SGK Niedersachsen hat ihre Landesdelegiertenversammlung bereits im März abgehalten. Franz Einhaus, Landrat des Landkreises Peine, wurde mit 100 Prozent als Vorsitzender wiedergewählt. Stellvertretende Landesvorsitzende im neuen Vorstand sind Silvia Nieber und Dirk-Ulrich Mende. Der neue Schatzmeister ist Horst Baier, als Schriftführerin wurde Hannelore Hunter-Roßmann gewählt.

Einen neuen Vorsitzenden hat die SGK Sachsen. Dresdens Finanzbürgermeister Peter Lames wurde auf der Mitgliederversammlung am 14. April in das Amt gewählt. Er folgt auf den Radeberger Oberbürgermeister Gerhard Lemm. Erster Stellvertreter bleibt Volkmar Winkler, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Neue zweite Stellvertreterin ist die Arnsdorfer Bürgermeisterin Martina Angermann. Schatzmeister bleibt Hoyerswerdas Bürgermeister Thomas Delling.

sgk-hessen.de
sgk-niedersachsen.de
sgksachsen.de

FOTOS: SGK NRW/DIETMAR MEINERT; STADT DRESDEN/DANIEL HEINE

Neuer SGK-Vorsitzender in Sachsen: Peter Lames

Frank Baranowski wiedergewählt

Der Gelsenkirchener OB ist als Vorsitzender der SPD-Kommunalen in NRW bestätigt worden

Frisch gewählt: der SGK-Landesvorstand 2018

Mit dem beeindruckenden Ergebnis von 94,82 Prozent wurde Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, jüngst als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Nordrhein-Westfalen wiedergewählt. Bernd Scheelen aus Krefeld, Bürgermeisterin Marion Weike aus Werther und Bürgermeister Michael Stock aus Wegberg wurden auf der Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW als Stellvertreter gewählt – ebenfalls mit großer Mehrheit. Auch der Landrat des Kreises Unna Michael Makiolla wurde als Schriftführer im Amt bestätigt, ebenso der Detmolder Bürgermeister Rainer Heller als Schatzmeister.

In den Landesvorstand wurden als Beisitzer Birgit Alkenings, Dietmar Bergmann, Hendrik Bollmann, Atilla Cikoglu, Georg Fortmeier, Marcel Franzmann, Düsseldorfs Oberbürgermeister Thomas Geisel, Mike-Sebastian Janke, Tim Kähler, Katja Kirmizikan, Silke Kohaupt, Manfred Kossack, Holger Lachmann, Dr. Barbara Lübecke, Thomas Marquardt, Andreas Mucke, Anne Rottmann, Olaf Schade und Thilo Waasem gewählt.

> **Ein starkes Europa bedeutet für uns eine gute Zukunft.**
>
> Zitat aus dem Leitantrag „Europa findet Stadt"

Neben den Vorstandwahlen standen wichtige Themen sozialdemokratischer Kommunalpolitik auf der Tagesordnung: Der Leitantrag beschäftigte sich mit dem Thema „Europa findet Stadt". „NRW liegt im Herzen Europas und ist als eine der stärksten Wirtschaftsregionen besonders mit unseren europäischen Nachbarn und den Mitgliedern der europäischen Union verbunden. Ein starkes Europa bedeutet für uns eine gute Zukunft", heißt es dort.

Rund 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren in die historische Stadthalle Wuppertal angereist. Sie diskutierten unter anderem mit Michelle Müntefering, Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Andreas Höferl, Klubdirektor und Verbandssekretär des Landtags- und Gemeinderatsklubs der SPÖ (Österreich), Konrad Fijolek, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates Rzeszów (Polen) und Pit Clausen, Vorsitzender des Städtetages NRW, über kommunale Lösungsansätze für die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die Zukunft der „Städtepartnerschaften der neuen Generation" und „Internationalität als kommunale Herausforderung" standen im Mittelpunkt von Fachdiskussionen.

Die Delegierten formulierten auch Kernthesen, die Antworten für eine zukunftsorientierte sozialdemokratische Politik geben sollen; sie wurden von der Landesdelegiertenversammlung in Richtung SPD und in die Arbeitsgremien geschickt. Weitere Anträge beschäftigten sich mit Kommunalpolitik als Schulfach, einer ausreichenden ärztlichen Versorgung im Land, den Handlungsspielräumen der Kommunen durch angemessene Finanzen, der Stärkung der Kommunalen in der SPD und der Gleichstellung auf kommunaler Ebene. Viel Raum nahm auch die Kommunalwahl 2020 ein. Die SPD-Kommunalen haben unter dem Titel „Platz zwei ist nicht genug" ihren Anspruch als die Kommunalpartei in NRW klar formuliert. *RED*

Anzeige

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall …"

– Edmund Mastiaux, Inhaber

zfm

zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

Städte und Gemeinden brauchen Perspektiven für eine zukunftsfähige Mobilität – und das nicht nur aufgrund der drohenden Diesel-Fahrverbote.

Der Verkehr der Zukunft

Anforderungen an eine nachhaltige Verkehrspolitik

Autor Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Kommunale Infrastruktur

Die Sorge vor Fahrverboten, Gerichtsurteile zu Stickoxidbelastungen, Debatten um den Diesel-Fonds – drei Themen, die keine Freude machen, aber politisch bedeutsam sind. Andere klingen besser, etwa die große Aufmerksamkeit für alternative Antriebe, Elektromobilität und Wasserstofftechnologie oder die zukünftige Rolle des Fahrrads in der Stadt. Alle genannten Themen aber sind deutliche Belege, wie umfassend das Thema Verkehr der Zukunft inzwischen in den Fokus einer breiten Öffentlichkeit geraten ist.

Damit steigt der unmittelbare Handlungsdruck auf die Politik, etwa wenn es darum geht, Fahrverbote in den Städten durch gezielte Maßnahmen möglichst zu vermeiden oder die Autoindustrie doch noch zu Nachbesserungen zu bewegen. Darüber hinaus greift aber auch die Erkenntnis, dass Perspektiven für den Verkehr der nächsten Jahrzehnte und die dafür nötige Infrastruktur entwickelt werden müssen. Es geht um die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft der Mobilität. Dafür sollten Bund und Länder am besten gemeinsam mit den Kommunen an Lösungen arbeiten und die nötigen Entscheidungen treffen. Auf kommunaler Ebene weisen bereits vielfältige Aktivitäten in diese Richtung.

Eine Prämisse der Städte ist dabei schon jetzt klar. Auch in Zukunft muss es eine leistungsfähige Mobilität für alle Menschen geben, gleichzeitig müssen wir den Verkehr umweltverträglicher organisieren. Die Städte wollen und brauchen einen Verkehrsmix, der den Menschen und der Wirtschaft nutzt und der gleichzeitig klimaschonender ist. Das heißt, wir müssen die Mobilität von Personen und Gütern mit der Umwelt- und Lebensqualität in den

FOTO: DISQ/STOCK.ADOBE.COM

Städten in Einklang bringen. Auf dem Weg dorthin entwickeln viele Städte schon heute neue Verkehrskonzepte. Sie fördern im Rahmen ihrer Möglichkeiten neue Ideen und unterstützen saubere Technologien. Dazu gehört auch die Umrüstung der Fuhrparks in vielen Kommunen und beim Öffentlichen Nahverkehr.

Wandel zu nachhaltiger Mobilität

Eine Verkehrsinfrastruktur der Zukunft braucht bedarfsgerechte Lösungen. Dazu gehören vernetzte ÖPNV-Angebote, zum Beispiel durch moderne Systeme, die sich mit Hilfe digitaler Lösungen am individuellen Bedarf der Fahrgäste orientieren.

Statt konventionell auf festen Routen und zu festgelegten Zeiten zu fahren, egal ob da jemand an der Haltestelle steht oder nicht, organisieren moderne Software und Apps auf Smartphones die Routen zu den nachgefragten Zielorten. Dazu gehören sicher auch attraktive Angebote von Mieträdern und Carsharing, außerdem Fahrradparkhäuser und sichere Abstellmöglichkeiten für eigene Fahrräder. Ungelöst ist die Frage der Einrichtung von Ladesäulen in Wohnquartieren. Schließlich brauchen wir deutlich kürzere Wege zwischen Wohnen, Einkaufen, Freizeit und Arbeit.

Sicher wird auch weiterhin über das Auto zu reden sein. Auch Autos mit alternativen Antrieben sind ein wichtiger Schritt zu mehr Umweltfreundlichkeit und weniger Schadstoffen. Sie sind allerdings nur einer von vielen notwendigen Beiträgen. Denn ein PKW, der mit Elektromotor über städtische Straßen fährt, stößt zwar weniger Schadstoffe aus und ist leiser. Doch er braucht ebenso viel Parkraum, wie ein Benziner oder Diesel-PKW.

Elektroautos helfen deshalb nicht, wenn es darum geht, den notorisch knappen öffentlichen Raum in den Städten sinnvoller zu nutzen, die Stadt von morgen darf kein Parkplatz sein. Entscheidender für einen Wandel zu nachhaltiger Mobilität sind deshalb sogenannte multimodale Lösungen, die kluge Verzahnung von mehr Umweltverbund, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr.

FOTO: DAVID AUSSERHOFER

Helmut Dedy

INVESTITIONSSTAU

2,7

Milliarden Euro pro Jahr fehlen zur Instandhaltung von kommunalen Verkehrswegen sowie beim Öffentlichen Personennahverkehr, davon

1

Milliarde Euro pro Jahr allein für Brücken.

QUELLE: WWW.STAEDTETAG.DE

Hinsichtlich der aktuell von Diesel-PKW verursachten Stickoxid-Belastung verlangen die Städte ein schlüssiges Gesamtkonzept des Bundes. Bislang hat die Bundesregierung die Gerichte entscheiden lassen, anstatt das Thema selbst so umfassend zu behandeln, wie es notwendig gewesen wäre. So konnten sich die Autokonzerne ihrer Verantwortung entziehen, statt betroffene Diesel-Autos nachzurüsten. Das ist für die betroffenen Diesel-Besitzer ebenso unbefriedigend wie für die Städte.

Ungeachtet dessen bleibt die Forderung des Deutschen Städtetages nach einer blauen Plakette aktuell. Denn sollten sich Fahrverbote nicht mit gezielten Maßnahmen zur Stickoxidreduzierung vermeiden lassen, brauchen wir eine bundesweit einheitliche Kennzeichnung. Nur so lässt sich von außen erkennen, ob ein PKW von einem schmutzigen oder einem saubereren Motor angetrieben wird und mit welcher Euro-Norm das Fahrzeug unterwegs ist.

www.staedtetag.de

Anzeige

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 05-06/2018

CO_2 zur politischen Steuerungsgröße machen

Eine EWI-Studie zeigt, dass es mit der vorhandenen Gas- und Wärmeinfrastruktur kurzfristig möglich ist, CO_2 zu vermeiden

Autor Henning R. Deters, Vorstandsvorsitzender GELSENWASSER AG

Der sogenannte CO_2-Tag, an dem Deutschland sein Budget aus den Pariser Klimaverträgen für das Jahr verbraucht hat, fiel dieses Jahr auf den 28. März. Wir verbrauchen also grob viermal mehr CO_2, als wir dürfen. Erst kürzlich gab die Bundesregierung die Klimaziele für das Jahr 2020 auf. Gleichzeitig bekannte sie sich zu den Zielen für 2030. Bis spätestens 2050 sollen weite Teile von Wirtschaft und Gesellschaft ohne CO_2 auskommen. Die Diskussion darum, mit welchen Maßnahmen dies zu schaffen ist, ist in vollem Gange. Eine „Klimakommission" aus vier Ministerien will noch 2018 konkrete Maßnahmen entwickeln, die ab 2019 in ein Klimaschutz-Gesetz eingehen. Dabei muss sie nicht nur eine Lösung für den Kohleausstieg, sondern auch für den komplexen Gebäudesektor finden.

Gelsenwasser, Open Grid Europe und RheinEnergie haben beim EWI-Institut der Universität Köln eine Studie in Auftrag gegeben, um zwei Szenarien zu vergleichen: Die weitestmögliche Elektrifizierung des Wärmemarktes – die Nutzung von sechs Millionen Wärmepumpen 2030 und 13 Millionen im Jahr 2050 – mit einem technologieoffenen Ansatz unter Verwendung der Gas- und Wämenetze und Power-to-Gas (P2G). Hier handelt es sich um die Umwandlung von regenerativem Strom zu Methan oder Wasserstoff, der dann über die Netze zur Wärmeversorgung verwendet wird. Vorgabe war, dass die Klimaziele in Gänze erreicht werden. Mit beiden Ansätzen gelang dies. Die Nutzung der Gas- und Wärmenetze bietet aber deutliche Vorteile.

Technologieoffenheit ist günstiger und flexibel

Dieser technologieoffene Weg spart 140 Milliarden Euro. Dabei sind die Annahmen bewusst konservativ gewählt. Die wesentlich massiveren Kosten für das Szenario „Electric World" erscheinen aber logisch, müssten für diesen Weg doch höhere Investitionen in Kraftwerke, Stromnetze und Maßnahmen an den Gebäudehüllen getätigt werden. Bei der für diesen Ansatz benötigten Anzahl von Wärmepumpen steigt die Stromnachfrage um 70 Prozent. Bis 2050 verdreifacht sich auch die Kapazität von Gaskraftwerken. Bei einer derartigen Elektrifizierung wächst der Bedarf an gesicherter Leistung, denn eine Energieversorgung auf Basis der schwankenden Photovoltaik- und Windenergie benötigt Back-Up-Kraftwerke, vor allem in der berühmten „Dunkelflaute" ohne Wind und Sonne. Batterien helfen nur bei kurzen Lastspitzen. Zur Integration solcher Strommengen müssen die Stromnetze massiv ausgebaut und intelligent werden.

> **Der technologieoffene Weg spart 140 Milliarden Euro.**

Die Kostenersparnis des technologieoffenen Ansatzes gilt sogar für den Fall, dass sich die Wärmepumpe langfristig als bessere Technologie herausstellt. Eine valide Einschätzung, welche Technologie sich durchsetzt, kann naturgemäß zurzeit niemand treffen. Daher bietet ein offenes Vorgehen auch mehr Flexibilität, um reagieren zu können. Lock-In-Effekte, die durch einen massiven, jetzt politisch durchgesetzten Einbau der Wärmepumpe entstehen, werden so vermieden.

Power to Gas ist eine technische Brücke. Die Kosten müssen aber noch deutlich sinken.

Die Studie zeigt vor allem, dass es mit der vorhandenen Infrastruktur sehr kurzfristig möglich ist, viel CO_2 zu vermeiden. Allein ein Austausch der sechs Millionen Ölheizungen durch Gas-Brennwertkessel würde die Emissionen schnell um ein Drittel senken. Auch ein Zubau von Gaskraftwerken bei der Stromerzeugung spart massiv CO_2. Die Verteilnetze für Gas und Strom sind vorhanden. 2030 können wir dann die Technologie und Energieträger einsetzen, die sich durchgesetzt haben – die beste Lösung für den Kunden. Wir sollten also gute Argumente haben, wenn wir trotzdem massiv Stromnetze ausbauen und damit die Netzentgelte für Gas oder auch Fernwärme vervielfachen. Wenn die Industrie dann die Möglichkeit des Standortwechsels nutzt, werden noch höhere Kosten auf die weniger mobilen Gasnutzer, also die Bürger, abgeladen. Eine soziale Schieflage könnte die Folge sein.

Jetzt langfristige Ziele setzen und kluge Weichen stellen

Zweifelsohne müssen die Infrastrukturen vor allem für Strom intelligent und miteinander verzahnt werden. Power-to-Gas ist dabei eine technische Brücke, die auf beiden Pfaden ab 2030 gebraucht wird. Alle Studien zeigen dies. Im Grunde könnte man also bereits heute durch kluges Flankieren der Forschung und Entwicklung die Innovationen in diesem Bereich anreizen. Bis 2030 müssen die Kosten für P2G spürbar gesunken sein.

Die Bürger wollen die Energiewende und sind überzeugt, dass Politik und Industrie diese Aufgabe meistern. Dieses Vertrauen sollten wir nicht enttäuschen. Die Aufgabe des Ziels für 2020 ist verständlich, allerdings sollte sich das nicht wiederholen. Mit dem jetzigen Strommix und der Heizungsstruktur wird es aber schwer. Wenn wir große Mengen CO_2 einsparen wollen, werden wir vermutlich wirtschaftliche Prozesse konsequent am Ausstoß orientieren müssen. Immer mehr Beteiligte fordern ein Steuerungsinstrument wie CO_2-Bepreisungen, Steuern oder Erweiterungen des Handelssystems, national oder europäisch, sektorübergreifend oder spezifisch. Diese Fragen werden hoffentlich bald beantwortet. Damit die CO_2-Tage in den 2020ern nicht mehr im April betrauert, sondern an Silvester gefeiert werden. Jedenfalls sollten wir bereits vorher mit konkreten, pragmatischen Lösungen starten. Denn je länger wir warten, desto größer wird der Berg, den es abzutragen gilt. Und umso höher werden die volkswirtschaftlichen Kosten und damit die gesellschaftlichen Risiken.

FOTO: GUUKAA/ STOCK.ADOBE.COM

Kraft der Natur:
Das dezentrale Energiesystem von Siemens bietet Kommunen viele Vorteile

DEZENTRALE VERSORGUNG

Stadt voller Energie

Die Zukunft der Energieversorgung ist lokal und dezentral. Der weltmarktführende Technologiekonzern Siemens entwickelt dezentrale Energiesysteme für Kommunen und Städte. Durch die Umrüstung steigern sie ihre Attraktivität und Nachhaltigkeit.

Die weißen Rotorblätter der Windräder laufen ohne Pause, während sich die warmen Sonnenstrahlen ihren Weg durch die Wolkendecke bahnen. Nach und nach fällt das helle Licht schließlich auf die blau schimmernden Solarpaneele. Von dort fließt der gewonnene Strom in das anliegende Verteilnetz, wo er direkt verbraucht wird. Doch leider lassen sich diese Kraftwerke der Natur nicht steuern. Technologien für dezentrale Energiesysteme von Siemens helfen, überschüssige Energie aus Wind und Sonne zu speichern, wenn sie gerade nicht gebraucht wird. Durch flexible Lasten wie Batteriespeicher oder Elektrolyseure kann die Energie später in anderen Sektoren wie der Elektromobilität genutzt werden. Diese innovative Versorgungsvariante bietet besonders für Städte und Kommunen großes Potenzial

In drei Schritten zum optimierten Energiesystem:

- Zunächst ist eine Bestandsaufnahme wichtig. Danach richtet sich, welcher Anlagetyp sich am besten eignet.
- Eine eingehende Beratung durch die Siemens-Experten hilft bei der richtigen Entscheidung.
- Siemens unterstützt die Finanzierung zukunftsorientierter Systeme mit innovativen Kostenmodellen. Weiteres Plus: Die gewonnenen finanziellen Freiräume können zur Finanzierung nachhaltiger Projekte genutzt werden.

Mehr unter: siemens.de/municipalities/distributed-power-generation

Stets gut versorgt

Denn ein mit Speichertechnologien modernisiertes System sichert in Zeiten zunehmender Energieeinspeisung aus den variablen Energieträgern Wind und Sonne die ständige Versorgung und fördert die Stabilität des Netzes. Gleichzeitig steigert es die Wirtschaftlichkeit der Kommunen: Investitionen lassen sich unter anderem mithilfe von innovativem Datenmanagement minimieren. So ist die Umrüstung mit niedrigen Kosten wie auch einem geringen Aufwand verbunden (siehe Kasten).

Wunsiedel geht bereits mit gutem Beispiel voran: Anfang des Jahres rüstete die bayerische Stadt das Energiesystem um. Der Ort mit der ältesten Naturbühne Deutschlands wagte den Schritt in Richtung Digitalisierung und bietet nun einen spannenden Einblick in das System einer entstehenden „Smart City" – mit der Unterstützung von Siemens als starkem Technologiepartner.

Altersmedizin im Mittelpunkt

Gerade im ländlichen Raum besteht oft eine anhaltende Unterversorgung mit Behandlungsplätzen in der Geriatrie

Autor Prof. Dr. med Jan Wilde, Regionalleitung Medizinentwicklung Region AMEOS Ost

Ältere Patienten haben häufig einen dringenden, oftmals sehr komplexen medizinischen Behandlungsbedarf.

Während die Behandlung von Kindern in der Kinder- und Jugendmedizin schon immer dem römischen Sprichwort „pueri pueri sunt" (Lat.: „Kinder sind Kinder" und nicht kleine Erwachsene) folgte und ein eigenes medizinisches Fach darstellte, entwickelte sich die medizinische Versorgung der älteren Bevölkerung erst in den letzten Jahrzehnten unter dem Druck des demografischen Wandels zu einem selbstständigen medizinischen Fachbereich, der Altersmedizin oder Geriatrie. Der Grund für die verspätete Entwicklung liegt im unterschiedlichen Verlauf von Krankheiten und Wirkungen von Therapien, insbesondere der Arzneimittelwirkung im Alter. Die Geriatrie umfasst immer die Gesamtheit eines Menschen, deshalb werden individuell körperliche, geistige, seelische und soziale Aspekte gleich gewichtet. Eine große Herausforderung in der Geriatrie ist die Multimorbidität älterer Patienten. Von multimorbid spricht man, wenn ein Patient an mehreren Krankheiten gleichzeitig leidet. Dies erfordert eine interdisziplinäre Behandlung und Therapie sowie oftmals eine längere Betreuung im Krankenhaus. Dazu kommt, dass bisherige Medikationen durch zusätzliche Wirkstoffverabreichung aus dem Gleichgewicht geraten und neu eingestellt werden müssen.

Neben der Heilung der Gebrechen zielt die Behandlung in der Altersmedizin auch darauf ab, dass die Patienten nach dem Krankenhausaufenthalt wieder alleine zurechtkommen sollen – durch Optimierung der Medikation, Hilfsmittelversorgung und Training einzelner Aktivitäten des täglichen Lebens. Neben der üblichen medizinischen Diagnostik werden auch die körperlichen und geistigen Einschränkungen sowie verbliebene, förderungswürdige funktionelle Ressourcen und die soziale Situation der Patienten erfasst.

Wirtschaftlicher Betrieb

Das Zentrum für Altersmedizin am AMEOS-Klinikum Staßfurt bietet Diagnostik und Therapie als auch Prävention und Rehabilitation für Menschen in der zweiten Lebenshälfte. Als die AMEOS-Gruppe 2011 die Salzlandkliniken südwestlich von Magdeburg übernahm, stand das gerade erst neu gebaute Klinikum Staßfurt aufgrund der wirtschaftlichen Schieflage der vorherigen Betreiber praktisch leer.

Die Lage mitten im eher ländlich geprägten Sachsen-Anhalt sowie die anhaltende Unterversorgung mit Behandlungsplätzen in der Altersmedizin machte es zu einem idealen Ort für das Geriatrische Zentrum AMEOS Ost. So wurde bereits 2012 das AMEOS-Klinikum Staßfurt wieder in Betrieb genommen und mit dem systematischen Aufbau der Altersmedizin begonnen.

Großer Bedarf

Begleitende Fachbereiche wie Psychiatrie, Schmerztherapie, Palliativmedizin und Alterstraumatologie wurden neben den baulichen Anpassungen an die besonderen Bedürfnisse betagter Menschen ebenfalls am Standort etabliert. Nach längeren Verhandlungen konnte schließlich das Zentrum für Altersmedizin/Geriatrie AMEOS Ost im AMEOS-Klinikum Staßfurt eröffnet werden.

Derzeit werden in 60 stationären Betten circa 900 Patienten im Jahr behandelt. Aufgrund des großen Bedarfs in der Region wird die Abteilung ab Juli 2018 um weitere 20 auf insgesamt 80 Betten erweitert.

Neben dem bedarfsgerechten Ausbau der stationären Leistungen wird es in den kommenden Jahren ebenfalls wichtig werden, die ambulante Versorgung sicherzustellen. In enger Abstimmung mit den niedergelassenen Partnern gilt es hier, gemeinsame Konzepte zu entwickeln.

www.dggeriatrie.de

AMEOS OST

17

Einrichtungen an neun Standorten in Sachsen-Anhalt mit insgesamt

2.250

Betten bzw. Behandlungsplätzen betreibt AMEOS Ost.

3.900

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dort beschäftigt.

QUELLE: AMEOS

Besondere Kompetenzen

- Zentrum für Altersmedizin am AMEOS-Klinikum Staßfurt
- Weaning am AMEOS-Klinikum Aschersleben
- Größte zertifizierte Stroke-Unit Sachsen-Anhalts am AMEOS-Klinikum Bernburg
- Interdisziplinäres Wundzentrum am AMEOS-Klinikum Halberstadt
- Cochlea-Implantat-Zentrum am AMEOS-Klinikum Halberstadt
- Prostatakarzinomzentrum am AMEOS-Klinikum Haldensleben
- Herzkatheter-Labore an vier Standorten: Aschersleben, Halberstadt, Haldensleben und Schönebeck

FOTO: ALEXANDER RATHS/STOCK.ADOBE.COM

Breitbandausbau – aber richtig!
Weil es um Ihre digitale Zukunft geht.

Die Planung und Umsetzung von Breitbandprojekten ist anspruchsvoll. Unsere Experten bieten Ihnen eine Breitband-Beratung aus einer Hand. Wir optimieren Ihren Förderantrag und entwickeln Lösungen für eine leistungsstarke Breitbandversorgung in Ihrer Region. Nachhaltig und zukunftssicher.

www.pwc.de

Unsere Beratungsschwerpunkte

- Antragsbegleitung für Förderprogramme
- Breitbandstrategie / Masterplan
- GIS-basierte Bestandsanalyse
- Kostenoptimierte Grobnetzplanung (FTTB/H; FTTC)
- Bankfähige Geschäftsmodelle
- Wirtschaftlichkeitsanalyse
- Umfassende Rechtsberatung

Ihr Ansprechpartner
Dr. Sven-Joachim Otto
Tel. +49 211 981-2739
sven-joachim.otto@de.pwc.com

pwc

© 2018 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

Im baden-württembergischen Balingen wurden Jugendliche von Beginn an am Bau eines neuen Jugendhauses beteiligt.

Bürgerbeteiligung erfolgreich organisieren

Schlecht gemachte Bürgerbeteiligung nervt, gut gemachte bringt Projekte voran. Sie muss von Beginn an Teil des Verfahrens sein

Autor Erik Flügge, Geschäftsführer der S&N Kommunalberatung

Wenn man sie klug plant, kann Bürgerbeteiligung Projekte voranbringen. Sie kann Widerständen in der Bevölkerung ein klares positives Mandat aus der Bevölkerung entgegensetzen. Bürgerbeteiligung kann so geplant werden, dass sie im Verfahren passiert und nicht das Verfahren verlängert. Sie kann all das leisten, wenn man endlich aufhört, einfach nur irgendwelche Schlagworte auf Kärtchen zu schreiben und sie an eine Wand zu pinnen. Bürgerbeteiligung braucht keine Fotoprotokolle von lieblos gestalteten Plakaten, sondern sie muss strukturiert und planvoll an formale Vergabe-, Planungs- und Verwaltungsverfahren angepasst werden.

Das folgende Beispiel soll zeigen, wie es konkret funktionieren kann, durch Bürgerbeteiligung einen Legitimitätsvorsprung für eine städtische Planung zu erreichen und gleichzeitig durch kluge Integration das Planungs- und Vergabeverfahren durch die Beteiligung nicht zu verlängern.

Balingen baut ein Jugendhaus

Die württembergische Stadt Balingen plant aktuell ein Jugendhaus an einem neuen Standort. Das neue Jugendhaus soll eine breitere Zielgruppe ansprechen als das alte. Daher werden Jugendliche am Planungsverfahren beteiligt. Weil für Jugendliche nichts frustrierender ist, als wenn ihre eigenen Ideen zwar gehört, aber nicht umgesetzt werden, haben wir das Beteiligungsverfahren dort in besonderer Weise aufgesetzt. Es ist integriert in ein kommunales Vergabeverfahren.

Insgesamt 600 Jugendliche aus 25 repräsentativ ausgewählten Schulklassen konnten in der ersten Phase des Projektes in moderierten Schulstunden ihre inhaltlichen Interessen artikulieren und Standortkriterien für das Haus definieren. Die Ergebnisse wurden so strukturiert erfasst, dass diese zu verbindlichen Ansprüchen in der Auslobung werden konnten.

Erik Flügge

Klug geplante Bürgerbeteiligung kann Widerstände entkräften.

Erik Flügge

Aus den Ergebnissen der Jugendlichen ließen sich eindeutige Standortkriterien ableiten, denen folgend die Stadtverwaltung einen Standort ermittelte, der diesen Kriterien besser entsprach als jeder andere in der Stadt. Wie immer, wenn ein Jugendhaus gebaut wird, regte sich Widerstand bei den Anwohnerinnen und Anwohnern. Wer will schon ein Jugendhaus direkt nebenan? Natürlich gingen die Anwohnerinnen und Anwohner auf Gemeinderäte zu und baten darum, den Standort neu zu definieren.

Dass der ideale Standort durchgesetzt werden konnte, war das Ergebnis eines Repräsentativvorsprungs durch die Beteiligung. Denn 600 Jugendliche hatten Kriterien definiert und diese gesammelten Interessen mehrerer Hundert Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt standen nun den Interessen weniger Anwohnerinnen und Anwohner entgegen. Für die Politik und Verwaltung war es damit möglich, die Standortdefinition auch gegen den Widerstand zu behaupten. Der gewählte Standort stand schlicht für deutlich mehr Befürworterinnen und Befürworter als Kritikerinnen und Kritiker.

In einer zweiten Phase konnten sich die Jugendlichen im Rahmen einer klassischen Mehrfachbeauftragung via WhatsApp direkt am Vergabeverfahren beteiligen. Die Jugendlichen bekamen die jeweiligen Planungsstände der konkurrierenden Büros per WhatsApp zugeschickt und konnten diese jeweils kommentieren. Die zusammengefassten Wünsche und Interessen der Jugendlichen wurden an die Architekturbüros jeweils im laufenden Vergabeverfahren vermittelt.

Am Ende des Verfahrens wurden alle Jugendlichen der Stadt zu einer zentralen Abschlussveranstaltung eingeladen. Auf dieser konnten sie nochmals persönlich die Pläne begutachten und mit den Architekten darüber in den Dialog kommen. Während der Veranstaltung gaben die Jugendlichen schriftlich ihre persönliche Bewertung der jeweiligen Entwürfe ab. Mit erfasst wurden demografische Daten wie Alter, Geschlecht und Schulart, so dass das Votum nach verschiedenen Aspekten ausgewertet werden konnte, um es der Baujury zur Schlussentscheidung vorzulegen. So ließ sich eine fachliche Entscheidung treffen, die sich unabhängig machte von einzelnen dominanten Stimmen in der Beteiligung. Jede und jeder hatte das gleiche Beteiligungsrecht und Balingen bekommt ein neues Jugendhaus.

www.sn-kommunalberatung.de

FOTO: RUPRECHT STEMPELL; EHRENBERG-BILDER/STOCK.ADOBE.COM

Hotspot Bremen

In der Hansestadt geht der Breitbandausbau voran

Autor Ulf Buschmann

Beim Breitbandausbau geht es in diesem Jahr voran. Allein die Telekom teilt mit, dass sie 60.000 Kilometer der schnellen Leitungen in die Erde bringen möchte. Insgesamt soll das Magenta-Netz dann bundesweit 455.000 Kilometer betragen.

Einer der Hotspots beim Glasfaser-Breitbandausbau ist Bremen – sowohl für Geschäfts- als auch für Privatkunden. Die Stadt an der Weser ist ganz vorne dabei, erklärte schon Ende vergangenen Jahres Bremens Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD). Allein im Stadtteil Horn-Lehe, so der Senator, würden 13.200 Kunden von der schnellen Technologie profitieren. Dafür lässt die Telekom rund 46 Kilometer Glasfaserkabel neu verlegen.

„Vollglas" fürs Gewerbe

Neben dem Ausbau für Privatkunden gibt es noch eine besondere Aktion mit Namen „Vollglas". „Im Zentrum der Kampagne stehen Gewerbegebiete, die mit hochmodernen, superschnellen Internetanschlüssen versorgt werden sollen", teilt Telekom-Sprecher Georg von Wagner mit. Davon profitieren laut Unternehmen 400 Betriebe in mehreren Gewerbegebieten.

Dort wie bei allen Angeboten der Telekommunikationsunternehmen gilt: Bis zu einem Stichtag sollten 30 Prozent der Unternehmen einen Vertrag abgeschlossen haben. Dann geht es mit dem Ausbau los – und zwar in der Regel recht zügig. Die Konditionen für Kunden aus der Wirtschaft jedenfalls sind bei allen Unternehmen attraktiv. „Wir bieten für alle Szenarien den geeigneten Anschluss und die geeignete Bandbreite", sagt von Wagner. Gleiches gilt für die EWE. Das Energie- und Telekommunikationsunternehmen mit Sitz in Oldenburg gehört ebenfalls zu den großen Anbietern mit Schwerpunkt im Nordwesten Deutschlands.

Bei Gewerbekunden konzentriert sich die EWE, die in Bremen unter dem Markennamen SWB vertreten ist, auf das boomende Gebiet Überseestadt. Dort gibt es laut EWE-Sprecher Mathias Radowski „insgesamt sechs Kabelverzweiger". Sie seien „mit der Zusatztechnologie Vectoring ausgestattet, sodass hier den Betrieben und Privathaushalten bis zu 100 Mbit/s im Download zur Verfügung stehen." Wenn gewerbliche Kunden einen direkten Glasfaserzugang benötigten, im Fachjargon „Fibre to the Home" (FTTH), sei dies kein Problem.

In diesem Fall rückt eine Baukolonne an, um das Glasfaserkabel entsprechend zu verlegen. Zum Glück für die Verkehrsteilnehmer müssen dafür nicht mehr ganze Straßenzüge aufgerissen werden. Telekom, EWE und Co. setzen beim Verlegen der Kabel beziehungsweise Anschlüsse auf das sogenannte Microtrenching: Eine spezielle Maschine macht es möglich, dass die Kabel wenige Zentimeter unter der Oberfläche in den Boden eingebracht werden.

Der Weg zur Gigabitgesellschaft

Das Ziel der großen Koalition ist es, bis zum Jahr 2025 den flächendeckenden Ausbau mit Gigabitnetzen erreichen zu wollen. „Leider sieht der Koalitionsvertrag nicht ausschließlich Glasfaser bis in die Häuser vor", bedauert die EWE in einem Statement. „Die Regierungsparteien bleiben bei einer schwammigen Beschreibung eines Glasfaserausbaus. Aber nur Glasfaser bis in die Häuser ist zukunftssicher und führt uns in die Gigabitgesellschaft." Weiter schreibt die EWE: „Aus unserer Sicht darf es Förderungen nur noch für einen durchgehenden Glasfaserausbau bis in die Häuser geben. Davon profitiert dann die gesamte Region durch eine nachhaltige und zukunftssichere Infrastruktur."

FOTO: PARALLEL_DREAM/STOCK.ADOBE.COM

Die Überseestadt: Das ehemalige Hafenareal rechts der Weser hat sich inzwischen zu einem lebendigen Ortsteil mit unterschiedlichen Nutzungen entwickelt.

Anzeige

herten PROSOZ

Alle Anwendungen aus einer Hand.

Als überörtlicher Sozialhilfeträger nehmen wir vielfältige Aufgaben wahr. Für mich es wichtig, das komplette Anwendungsspektrum im SGB XII mit einer Software zu bedienen. Die Kombination von **OPEN/PROSOZ** und **PROSOZ KRISTALL** ermöglicht uns ein effizientes Arbeiten ohne Medienbrüche.

Stefan Kühn
Fachadministrator
Landesamt für Soziales Saarland

Erfahren Sie mehr über unser Fachverfahren OPEN/PROSOZ und unsere BI-Lösung PROSOZ KRISTALL auf www.prosoz.de

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 05-06/2018

Verwaltung an neue Bedürfnisse anpassen

Die Digitalisierung hat die Erwartungen an die Gemeinde verändert. Die Verwaltung muss darauf reagieren

Autor Michael Salomo, Bürgermeister der Gemeinde Haßmersheim

Kann ich meinen Reisepass denn nicht online beantragen?“ Das ist eine Frage, die meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bürgerbüro oft zu hören bekommen. Sie ist ein gutes Beispiel für die geänderte Erwartungshaltung unserer Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Dienstleistungsangebot der Gemeinde. Zeit ist ein knappes Gut geworden, und die zunehmenden Möglichkeiten, Leistungen aller Art via Internet abzurufen, beeinflussen auch die Erwartungen an die Kommunen in nahezu allen Bereichen der Daseinsvorsorge.

Die Verwaltung muss darauf reagieren und hat dies auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in vielfacher Hinsicht getan. Das maßgebende Schlagwort für diesen Veränderungsprozess ist die Verwaltungsmodernisierung. Darunter versteht man im Wesentlichen zwei Prozesse, nämlich zum einen den Umbau bestehender Verwaltungsstrukturen in der Aufbau- und Ablauforganisation zum sogenannten New Public Management (NPM), zum anderen die Digitalisierung des öffentlichen Sektors. Zum NPM gehören Strategien wie die Stärkung des Markt- und Wettbewerbsgedankens in der öffentlichen Verwaltung, Privatisierung und Deregulierung, dezentrale Führungs- und Organisationsstrukturen, aber auch die Übernahme privatwirtschaftlicher Managementmethoden. Ziel dieses Umbaus soll die ergebnisorientierte Steuerung der Verwaltungsprozesse und damit die Erhöhung der Effizienz des Verwaltungshandelns einerseits, mehr Bürgerinnen- und Bürgernähe andererseits sein.

Als Bürgermeister einer mittelgroßen Gemeinde in Baden-Württemberg (5.000 Einwohner) steht bei mir vor allem der Dienstleistungsgedanke im Vordergrund. Die Öffnungszeiten der Verwaltung müssen an veränderte Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst werden. Lange Dienstleistungsabende reichen da nicht mehr aus, die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass sie auch samstags ihren Reisepass beantragen oder ihren Bauantrag einreichen können, ohne dass sie dafür einen Tag Urlaub nehmen müssen. Mit der Einrichtung von Bürgerbüros wurden zentrale Anlaufstellen für publikumsintensive Dienstleistungsangebote der Gemeinden geschaffen, die mit kurzen Laufwegen, kurzen Wartezeiten und einer Erweiterung des Beratungs- und Unterstützungsangebots in vielfacher Hinsicht den Gang zur Verwaltung erleichtern und für die Einwohnerinnen und Einwohner so schnell und einfach wie möglich gestalten sollen.

Anträge online stellen

Barrierefreier Zugang zu den Dienstleistungen der Gemeindeverwaltung sollte sich in Zeiten des viel diskutierten demografischen Wandels nicht nur auf die öffentlichen Gebäude, insbesondere natürlich das Rathaus beziehen, sondern auf alle Bereiche. Dazu gehört beispielsweise auch die Möglichkeit, Anträge – sofern gesetzlich zulässig – per Internet oder per signierter E-Mail stellen zu können. Eine Erleichterung der Arbeitsabläufe allein reicht nicht aus. Die ePartizipation/Bürgerbeteiligung soll durch die neuen technischen Möglichkeiten ebenfalls gestärkt werden. Die Digitalisierung unterstützt so idealerweise die Ziele, die mit Einführung der einleitend beschriebenen neuen Steuerungsmodelle verfolgt wurden: verstärkte Einbeziehung der Bürgerschaft durch Umfragen, Stärkung der Bürgerrechte durch Elemente direkter Demokratie.

> **Trotz zunehmender Digitalisierung ist ein Personalabbau in den Kommunen nicht die richtige Antwort.**
>
> Michael Salomo

Engagierte Nachwuchskräfte

Wenn man die Ziele der Verwaltungsmodernisierung kurz und prägnant auf einen Punkt bringen will: Die Verwaltung muss jederzeit bereit und in der Lage sein, auf veränderte gesellschaftliche Gegebenheiten reagieren zu können und sich den veränderten Bedürfnissen einer schnelllebigen Gemeinschaft anpassen zu können. Dazu bedarf es eines schlagkräftigen Teams. Eine ausgewogene Mischung zwischen erfahrenen Kolleginnen und Kollegen und jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Gewinnung und gezielte Förderung von engagierten Nachwuchskräften, eine qualifizierte und für junge Menschen in der Berufsfindung attraktive Ausbildung sind unabdingbare Voraussetzungen, um den öffentlichen Dienst für künftige Anforderungen fit zu machen und den gewohnt hohen Standard der Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Trotz Straffung der Arbeitsabläufe und zunehmender Digitalisierung ist ein Personalabbau in den Kommunen bei zunehmender Aufgabenfülle und Erweiterung des Dienstleitungsangebots nicht die richtige Antwort. Nur motivierte und mit ihrem Arbeitsumfeld zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter garantieren hervorragende Serviceleistungen und tragen so zur Kundenzufriedenheit bei.

FOTO: GEMEINDE HASSMERSHEIM

Die Verwaltung muss auf veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse einer Gemeinschaft reagieren.

Das StadtLabor ermöglicht neue Perspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten von Digitalisierungsvorhaben.

Das StadtLabor

Vernetzte Verwaltung erlebbar konzipieren

Autor Frederic Gogoll, PwC

Im aktuellen Koalitionsvertrag wird zugesichert, „in einem digitalen Portal für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen einen einfachen, sicheren und auch mobilen Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen [zu] ermöglichen". Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer vernetzten Verwaltung, in der sich Dienstleistungen der öffentlichen Hand online abwickeln lassen.

Digitale Verwaltungsprozesse werden von den Bürgerinnen und Bürgern immer stärker eingefordert. 91 Prozent der Befragten der PwC-Studie „Die vernetzte Verwaltung – Digitalisierung aus der Bürgerperspektive" sind bereit, zukünftig Verwaltungsvorgänge online abzuwickeln. Die tatsächliche Nutzung bleibt hinter den Erwartungen zurück, wie das Beispiel des elektronischen Personalausweises zeigt. Die erhoffte Entlastung der Behörden und Verkürzung von Warte- und Bearbeitungszeiten ist bislang nicht eingetreten. Dabei ist der Wille zur Digitalisierung in der Politik und öffentlichen Verwaltung durchaus vorhanden und die Mittel stehen bereit.

Für eine erfolgreiche und schnelle Digitalisierung der Verwaltung braucht es strategisches Vorgehen und ein Verständnis für die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltungsangestellten. Damit einhergehend müssen technische Standards gesetzt, Insellösungen abgelöst und durch ganzheitlich vernetzte Systeme ersetzt werden. Der Mut, etablierte Denkmuster zu hinterfragen, ist zusätzliche Grundvoraussetzung, um in der digitalen Welt mitgestalten zu können.

Um diesen Sprung zu schaffen, muss eine klare und ganzheitliche Strategie vorliegen. Sie bildet den Unterbau, der einzelne Digitalisierungsprojekte bündelt und durch ein klares Ziel zur Veränderung motiviert. Die Mitarbeitenden der Verwaltung, aber auch Bürgerinnen und Bürger bekommen die Möglichkeit, den Transformationsprozess mitzugestalten. Betroffene können so zu einer wertvollen Quelle für Erfahrungen und Ideen werden und maßgeblich zum Projekterfolg beitragen.

Der Digitalisierung innovativ begegnen

Vor diesem Hintergrund hat PwC das StadtLabor entwickelt. Es bietet öffentlichen Verwaltungen Unterstützung in der Entwicklung sowie der Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben. Das StadtLabor basiert auf einem abgestimmten Methodenset, welches individuell an die Problemstellung angepasst wird. Es kann durch seine Konzeption und seine unterstützenden Methoden im Projektverlauf vielfältig eingesetzt werden. Neue Perspektiven, Sichtweisen und Gestaltungsmöglichkeiten werden eingenommen und der Digitalisierung wird so innovativ begegnet.

Als konzeptionelle Grundlage der Laborarbeit dienen vier Handlungsfelder, welche die Antworten auf Digitalisierungsfragen prägen. Innerhalb des zugrunde liegenden Design-Thinking-Prozesses werden diese vier Handlungsfelder beleuchtet und je nach Bedarf mit Hilfe individueller Methoden bearbeitet. Ziel ist eine ganzheitliche Betrachtung der erarbeiteten Lösung. Die nutzerzentrierte Herangehensweise ermöglicht es, Bedürfnisse und Prioritäten der Bürger sowie der Mitarbeitenden in der Verwaltung direkt in die Digitalisierungsvorhaben einfließen zu lassen.

Mit dem StadtLabor wird den digitalen und prozessualen Anforderungen, indem ein begeh- und erlebbarer Raum vor Ort geschaffen wird, auf eine neue Art begegnet. Es dient als Impulsgeber, als Begleitung für verschiedene Phasen eines Digitalisierungsprojektes und als Inspiration für ein ganzheitliches Zukunftsbild.

www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/die-vernetzte-verwaltung.html

FOTO: PWC

Anzeige

herten PROSOZ

Man sieht direkt, was in einem Fall los ist.

In der täglichen Arbeit muss man sich auf das Wesentliche konzentrieren können. Mit den Fallübersichten in **OPEN/PROSOZ** kann ich mich schnell orientieren und behalte den Überblick. Über die automatischen Wiedervorlagen kann ich mir zusätzlich anzeigen lassen, was im Augenblick wichtig ist.

Sandra Kreber
Sachbearbeiterin Asylbewerber
Stadt Trier

Erfahren Sie mehr über unser Fachverfahren OPEN/PROSOZ auf www.prosoz.de

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 05-06/2018

Crowdfunding schafft regionalen Mehrwert

Wie Schwarmfinanzierung erfolgreich gute Projekte ermöglicht

Autoren Carsten Wagner, Geschäftsführer Kommunikation und Public Affairs beim VKU, Marcus Lufen, Leiter Unternehmenskommunikation der Stadtwerke Bielefeld Gruppe

Die Musik- und Kunstschule hat das Geld für das Projekt-Ensemble GOTA gesammelt, welches Musik der Beatles einüben wird. Unterstützung braucht die MuKu für das große Konzert in der Rudolf-Oetker-Halle, an dem sich auch andere Bielefelder aus der Kulturszene beteiligen können. Mit dieser Performance, bestehend aus Musik und Tanz, bewirbt sich das Projekt für die Teilnahme am europäischen Musikfestival.

Auf kommunaler Ebene würde vieles nicht laufen, wenn die kommunalen Unternehmen oder auch die Sparkassen nicht viele Projekte, Initiativen oder Programme finanziell unterstützen würden. Alleine die Mitglieder im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) unterstützen jedes Jahr Projekte aus den Bereichen Bildung, Sport, Kultur und Soziales mit rund 130 Millionen Euro. Sie stehen für eine klare regionale Verankerung und zu einer modernen Daseinsvorsorge. Deswegen investieren sie in gute Ideen, in soziale Projekte und in gemeinnützige Vereine in ihren Regionen. Jedoch stehen immer mehr kommunale Unternehmen vor der Herausforderung sinkender Spenden- und Sponsoringbudgets und einer gleichzeitigen Zunahme von Anfragen. Immer mehr Anfragen, auch sehr förderwürdiger Projekte, müssen abgelehnt werden. Auch den Städten und Gemeinden selbst fällt es oftmals schwer, gute Ideen und Ansätze aus der Bürgergesellschaft aus dem kommunalen Haushalt zu unterstützen.

SPENDEN

230.000

Euro kamen in einem Jahr für 41 Projekte zusammen.

Crowdfunding ist ein Weg aus diesem Dilemma. Crowdfunding-Plattformen verbinden Menschen mit guten Ideen mit Menschen, die solche Projekte mit kleinen Beiträgen unterstützen möchten. Die Crowdfunding-Plattform steht dabei im Mittelpunkt. Sie ermöglicht das Zusammenkommen und damit die Realisierung des Projekts.

Menschen unterstützen gute Ideen

Dabei ist das Prinzip ganz einfach: Projektstarter, also Menschen mit guten Ideen und Engagement, beschreiben ihr Projekt auf der jeweiligen Crowdfunding-Plattform. Betrag und Laufzeit des Projekts werden definiert und dann geht es los: Der Projektstarter trommelt für sein Projekt – in sozialen Netzwerken, in den Medien, im eigenen Verein und im persönlichen Netzwerk. Erreicht das Projekt im definierten Zeitraum die volle Spendensumme oder schießt sogar über das Ziel hinaus, wird der Betrag ausgeschüttet und das Projekt realisiert. Sollte die Zielsumme nicht geschafft werden, gehen die Gelder zurück an die Unterstützer. Ungefähr 70 Prozent der Crowdfunding-Projekte erreichen das Spendenziel.

Seit knapp einem Jahr bietet der VKU gemeinsam mit dem VKU-Verlag für seine Mitgliedsunternehmen sowie für Städte und Gemeinden die Möglichkeit, eigene Crowdfunding-Plattformen aufzubauen. Dafür hat er ein sogenanntes White-Label-Angebot geschaffen. Das bedeutet konkret: Der VKU-Verlag hat sämtliche Funktionalitäten, die eine Crowdfunding-Plattform benötigt, bereits programmieren lassen und bietet nun über einen Rahmenvertrag den technischen Betrieb, Projekt-Support sowie die Umsetzung und Anpassung an das jeweilige Unternehmen oder die Kommune an – und damit ein maßgeschneidertes Angebot für die kommunale Ebene.

Crowdfunding am Beispiel Bielefeld

Eine Unternehmensgruppe, die von Anfang an dabei ist, ist die Stadtwerke Bielefeld Gruppe. Dort werden mit dem Crowdfunding mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einerseits wird das Unternehmen das Sponsoringbudget, über mehrere Jahre verteilt, deutlich verringern. Andererseits setzt es bei der Kundenbindung auf die Nähe vor Ort. Deshalb bleibt die lokale Unterstützung sozialer Projekte eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge.

Damit auch weiterhin viele gute Ideen verwirklicht werden können, kam das Angebot des VKU genau passend. In nur einem Jahr konnten die Ostwestfalen so 13 Projekte erfolgreich umsetzen. 756 Unterstützer spendeten über 32.000 Euro.

FOTO: STADTWERKE BIELEFELD

Anzeige

Mit Crowdfunding können Städte, Gemeinden und deren Unternehmen deutlich mehr Projekten bei deren Finanzierung helfen als bisher. Und das, ohne die eigenen Mittel erhöhen zu müssen.

Carsten Wagner,
Geschäftsführer VKU

Jedes Projekt unterstützt die Stadtwerke Bielefeld Gruppe zusätzlich durch eine finanzielle Förderung. Zu jeder Spende ab fünf Euro gibt die städtische Tochter fünf Euro dazu, maximal 1.000 Euro im Monat. Aus Bielefelder Sicht ist es ein großes „Plus", dass auch kleine Spenden ab fünf Euro ein Projekt voranbringen. Wichtig ist vor allem, dass viele Menschen spenden und das haben die Projektstarter selbst in der Hand. Jeder Bielefelder Verein kann ein Projekt anlegen und innerhalb von maximal 60 Tagen Gelder von Familie, Freunden, Mitgliedern oder auch völlig fremden Unterstützern einsammeln.

Guter Service vereinfacht die Arbeit des PR-Bereiches

Die technische Abwicklung der Spendenverwaltung übernimmt dabei der Partner des VKU-Verlages Fairplaid, der mit Secupay auf ein bewährtes System für Transaktionen setzt. Fairplaid unterstützt auch bei der redaktionellen Arbeit auf der Plattform. Das spart Zeit und damit Personalressourcen. Die Bielefelder wiederum kennen die Vereinsstrukturen und Möglichkeiten gut und beraten die Vereine, was das Spendenziel, die avisierte Spendenhöhe und die Öffentlichkeitsarbeit betrifft. Die Stadtwerke unterstützen bei der PR-Arbeit zum Beispiel mit der Entwicklung von Bewegtbildern für den Einsatz in Social Media. Die Werbetrommel muss jedoch von den Vereinen selbst gerührt werden. Die Erfahrung vor Ort zeigt, dass sie es bisher immer erfolgreich getan haben.

Die Crowdfunding-Plattform wird mittlerweile von mehreren kommunalen Unternehmen eingesetzt. Nach einem Jahr können sich die Ergebnisse der ersten Plattformen in Menden, Bielefeld, Düren, Leipzig, Berlin, der WEMAG und der AVU mehr als sehen lassen. Die Bürgerinnen und Bürger in diesen Städten und Regionen haben über diese Plattformen 41 Projekte mit rund 230.000 Euro finanziert. Und auch die ersten Kommunen haben ihr Interesse signalisiert.

Weitere Infos finden Interessierte unter www.vku-verlag.de/crowd

FOTO: FEUERWEHR MENDEN

Die Kinderfeuerwehr in Menden hat über Crowdfunding der Stadtwerke Menden erfolgreich Mittel für ein Mini-Einsatzfahrzeug gesammelt. Jetzt fehlt nur noch die Anschaffung.

Anzeige

PROSOZ herten

Für mich ist Kontinuität entscheidend.

Wenn eine Sozialverwaltung viele Aufgaben an verschiedenen Dienststellen erbringen muss, sind kontinuierliche Prozesse entscheidend. Ein IT-Fachverfahren soll eine stabile Grundlage für alle Arbeitsabläufe liefern und systematisieren. Dafür steht bei uns **OPEN/PROSOZ**.

Stephan Franzen
Systemadministrator
OPEN/PROSOZ
Stadt Trier

Erfahren Sie mehr über unser Fachverfahren OPEN/PROSOZ auf www.prosoz.de

Vom Umgang mit den Daten

Die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) gilt ab dem 25. Mai 2018. Was für Kommunen wichtig ist

Autorin Karin Billanitsch

Datenverarbeitung in einem Rechenzentrum

Vom 25. Mai 2018 an gilt die neue europäische Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO). Sie wird für die Kommunen große Herausforderungen in der Umsetzung mit sich bringen – und es stellt sich die Frage, wie gut die Behörden eigentlich für die neuen Anforderungen gewappnet sind. Nicht alle Kommunen werden auf die neue Rechtslage von Anfang komplett vorbereitet sein, vermutet Ariane Berger, Referentin für eGovernment und Verwaltungsorganisation des Deutschen Landkreistags beim Branchentreffen Digitaler Staat des Behördenspiegels. Sie weist darauf hin, dass es auch nach dem alten Datenschutzrecht Verzeichnispflichten seitens der Kommunen gab. „Die Kommunen, die sich bisher datenschutzkonform verhalten haben, können ihre bisherigen Prozesse anpassen." Schwerer werden es die haben, die noch nichts vorzuweisen haben: Aber das sei sicherlich nur der kleinere Teil, glaubt Berger.

> **Die allgemeine Rechenschaftspflicht zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Datenschutzgrundverordnung.**
>
> Ariane Berger,
> Referentin für eGovernment,
> Deutscher Landkreistag

Die Expertin stützt sich auf eine Umfrage, die der Deutsche Landkreistag zusammen mit dem Fraunhofer Institut zum Stand der Digitalisierung in Landkreisen durchgeführt hat. Mehr als die Hälfte der Landkreise sei dabei, ihre Prozesse an die neuen datenschutzrechtlichen Anforderungen anzupassen. „Aber wir stehen erst ganz am Anfang", stellt Berger klar.

Die Rechtsnorm hat Folgen für Praktiker in den Kommunen. Die gesamte öffentliche Verwaltung muss nachweisen, dass sie die Pflichten der Datenschutzgrundverordnung einhält. „Diese allgemeine Rechenschaftspflicht zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Datenschutzgrundverordnung. Der Staat und die Kommunen müssen also transparent sein und die umfangreichen Datenverarbeitungsprozesse offenlegen", sagt die Expertin. Auch die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Daten sei etwas anders ausgestaltet worden, „als wir es bislang kennen", macht Berger deutlich.

Es gibt einen „zentralen Rechtssatzvorbehalt": Grundsätzlich, geht Berger mehr ins Detail, müsse die Verarbeitung wegen der Erfüllung einer rechtlichen Pflicht erforderlich sein. „Wenn man keinen entsprechenden Rechtssatz hat, kann man sich mit einer Einwilligung behelfen", erklärt sie. Die Kommune muss dafür die Freiwilligkeit der erklärten Einwilligung nachweisen. Das heißt, sie sollte schriftlich erfolgen. Außerdem könne man nicht mehr mit vorausgefüllten Kästchen arbeiten, sondern man müsse sich für die sogenannte Opt-in-Lösung entscheiden. „Das heißt, der Bürger ist aktiv zu einer Einwilligungserklärung anzuregen", betont Berger.

Auf ein Kernstück der DSGVO weist Berger ebenfalls hin: das Verarbeitungsverzeichnis. Es hat die Funktion, den Prozess der Datenverarbeitung transparent zu machen. Das heißt, es müssen wesentliche Angaben zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemacht werden. Neu ist auch, dass Maßnahmen zur Datensicherheit beschrieben werden müssen (Datensicherheitsmanagement).

Auf eine Ausnahme von der umfangreichen Verzeichnispflicht geht Ariane Berger in ihrem Vortrag auch ein: „Unternehmen, Einrichtungen und Stellen mit weniger als 250 Mitarbeitern können sich von dieser aufwendigen Pflicht befreien. Es sei denn, schränkt sie die Ausnahme ein, die Datenverarbeitung berge „ein Risiko für Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen". Hier sei nicht von einem besonders hohen oder intensiven Risiko die Rede. Auch der Begriff des Risikos ziehe sich wie ein roter Faden durch die Datenschutzgrundverordnung. Ein Risiko sei die Gefahr eines Schadenseintritts, etwa durch Berufsschädigung, Identitätsdiebstahl, Profilbildung, um einige nicht abschließende Beispiele zu nennen.

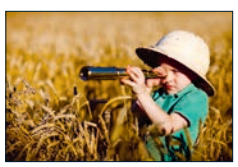
Die Datenschutzgrundverordnung benennt auch die klassischen Schutzziele der IT-Sicherheit: Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit sowie Belastbarkeit. Der Datenschutzverantwortliche in den Kommunen muss diese Schutzziele auf einem angemessenen Schutzniveau realisieren und das Datensicherheitsmanagement muss fortlaufend eingerichtet werden sowie die Software den Anforderungen genügen. Berger mahnt: „Die Kommunen müssen personelle und organisatorische Vorkehrungen schaffen, um fortlaufend diese unterste Schutzebene der Datensicherheit herzustellen."

FOTO: INGA KJER/PHOTOTHEK.NET

Anzeige

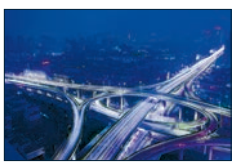
Digitalisierung aus einer Hand

arXes-tolina
Engineering IT Software Consulting



Kita-Planer 2
Optimierte Vergabe von Betreuungsplätzen, inkl. Elternbeitragsberechnung

eRechnung 2
Unterstützt den kompletten Rechnungseingangsprozess, XRechnung und ZUGFeRD 2.0



KommConnect 2
Digitalisiert alle Prozesse mit integrierter eAkte und Workflowsteuerung

Weitere Informationen finden Sie auf unseren Websites oder über unsere Twitter-Accounts.

arxes-tolina GmbH
Siemensdamm 62
13627 Berlin

Telefon +49 (30) 264745-7700
E-Mail solutions@arxes-tolina.de

URL www.arxes-tolina.de
URL www.kita-planer.de

@arxestolina
@KitaPlaner2

Berlin | Dresden | Eberswalde | München | Neuss | Saarbrücken | Stuttgart | Shanghai

IMPRESSUM

ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH,
Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@ask-berlin.de

Projektleitung/Anzeigen:
Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Carl-Friedrich Höck

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG,
Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Demokratische Mäusegemeinde

Ein Kinderbuch erklärt Kommunalpolitik

Früh übt sich, wer ein Demokrat werden will. Das dachte sich wohl auch Uwe Brandl, Bürgermeister der bayerischen Stadt Abendsberg und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Also hat er die Grundprinzipien der Kommunalpolitik in Form eines Kinderbuches erklärt. Die Handlung: Weil auf einem alten Schuldachboden zu viele Mäuse leben, bricht Chaos aus. Die alte Eule Elwira weiß Rat: Die Nager könnten sich doch an den Menschen ein Beispiel nehmen. Eine Bürgermeisterwahl und eine Verfassung sollen Ordnung in das Tohuwabohu bringen. Anschließend müssen eine Geschäftsordnung aufgestellt, Ämter gebildet und der Haushalt verabschiedet werden.

Mit großen Buchstaben, kurzen Sätzen und ansprechenden Illustrationen ist das Buch für Kinder im Grundschulalter gut geeignet. Dennoch werden manche Kleinen es womöglich zweimal lesen müssen, um auch alles zu verstehen. Denn

hier und da haben sich typisch „erwachsene" Passagen in den Text gemogelt wie: „In Deutschland darf bei Gemeindewahlen nur wählen und gewählt werden, wer am Wahltag das 18te Lebensjahr vollendet hat und damit volljährig ist. Außerdem muss er in der Gemeinde wohnen und Staatsangehöriger der EU sein." Erklärt wird übrigens auch Behördensprache – etwa das Wort „Dienstaufsichtsbeschwerde". *CFH*

Uwe Brandl:
Die kleine Mäusegemeinde
Kommunal- und Schul-Verlag, 2017,
80 Seiten, 19,90 Euro,
ISBN 978-3-8293-1227-1

Mit AfD und Pegida reden?

Dafür plädiert Frank Richter, doch er bleibt vage

Konflikten ist Frank Richter selten aus dem Weg gegangen. Aus der CDU trat er wegen fehlender Streitkultur aus. Als Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung stellte er Pegida Räume für eine Pressekonferenz zur Verfügung. Was ihn umtreibt, hat er nun in einer Streitschrift aufgeschrieben. Er verweist darauf, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung nur funktionieren kann, wenn die Bürger sie mittragen. Deshalb dürfe man AfD-Anhänger nicht ausgrenzen, sondern müsse mit ihnen ins Gespräch kommen. Zugleich fordert Richter die demokratisch gesinnte Mehrheit auf, „die destruktiv denkende und handelnde Minderheit einzuhegen und so in die Schranken zu weisen, die den demokratischen Prinzipien entsprechen." Den Dialog suchen und gleichzeitig Stopp-Schilder setzen – in der Praxis ist das kompliziert. Leider schwankt auch Richters Argumentation, in der er Pegida-Demos mal verharmlost,

mal klar die Islam- und Fremdenfeindlichkeit der Demonstrierenden anspricht. Vor allem aber sucht er nach Gründen für den aufgestauten Frust: Vertrauensverlust in Politik und Sozialstaat, Verwerfungen der Nachwendezeit, vernachlässigte kommunale Infrastruktur. Als Konsequenz fordert Richter ein „gesamtgesellschaftliches Brainstorming" über die Art und Weise des Zusammenlebens in der Gesellschaft. *CFH*

Frank Richter:
Hört endlich zu!
Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet
Ullstein Verlag, 2018, 96 Seiten,
10,00 Euro, ISBN 13 9783550050572

Wahlen

Einen Sensationssieg gab es in Freiburg im Breisgau: Der parteilose, von der SPD unterstützte Kandidat **Martin Horn** wird nächster Oberbürgermeister und löst den seit 16 Jahren regierenden Grünen Dieter Salomon ab. Horn kam im zweiten Wahlgang am 6. Mai auf 44,2 Prozent der Stimmen, Salomon nur auf 30,7.
In Lingen (Ems) wurde der parteilose **Dieter Krone** als Oberbürgermeister wiedergewählt. Er erhielt bei der Wahl am 22. April 73,9 Prozent der Wählerstimmen.
In der Hansestadt Wismar hat der Bürgermeister weiterhin ein SPD-Parteibuch. Amtsinhaber **Thomas Beyer** wurde am 15. April mit 56,3 Prozent der Stimmen wiedergewählt.
In Thüringen wurden am 15. und 29. April zahlreiche Landräte und Oberbürgermeister neu gewählt. In Erfurt sicherte sich der sozialdemokratische Verwaltungschef **Andreas Bausewein** mit 58,5 Prozent in der Stichwahl eine weitere Amtszeit. Dagegen konnte in Jena der SPD-Oberbürgermeister Albrecht Schröter sein Amt nicht behaupten, er unterlag in der Stichwahl gegen FDP-Kandidat **Thomas Nitzsche** (63,3 Prozent).
Auch in Weimar konnte sich der sozialdemokratische Amtsinhaber nicht erneut durchsetzen; Stefan Wolf muss sein Amt nun an **Peter Kleine** (Kandidat der CDU) abtreten, der die Wahl mit einem Ergebnis von 60,3 Prozent gewann. In Gera siegte Einzelbewerber **Julian Vonarb** mit 69,8 Prozent in der Stichwahl gegen den AfD-Kandidaten Dieter Laudenbach.
In 14 thüringischen Landkreisen gab es drei sozialdemokratische Wahlsieger: **Onno Eckert** siegte im Landkreis Gotha, **Antje Hochwind** im Kyffhäuserkreis und **Harald Zanker** im Unstrut-Hainich-Kreis. Hinzu kommen zwei parteilose und von der SPD unterstützte Gewinner: **Peggy Greiser** im Landkreis Schmalkalden-Meiningen und **Hans-Peter Schmitz** im Kreis Sonneberg. Die weiteren Gewählten in den Landkreisen sind: **Uwe Melzer** (CDU) im Altenburger Land, **Werner Henning** (CDU) im Eichsfeld, **Martina Schweinsburg** (CDU) im Landkreis Greiz, **Thomas Müller** (CDU) in Hildburghausen, **Petra Enders** (Die Linke) im Ilm-Kreis, **Andreas Heller** (CDU) im Saale-Holzland-Kreis, **Harald Henning** (CDU) im Kreis Sömmerda, **Reinhard Krebs** im Wartburgkreis und **Christiane Schmidt-Rose** (CDU) im Weimarer Land.
In Brandenburg wurden am 22. April und 6. Mai mehrere Landräte neu gewählt. Jedoch erreichte in den Landkreisen Barnim und Ostprignitz-Ruppin kein Bewerber das erforderliche Quorum von 15 Prozent der Wahlberechtigten – dort müssen nun die Kreistage die Landräte wählen. Die übrigen Landkreise wurden allesamt von CDU-Kandidaten gewonnen: **Christian Heinrich-Jaschinski** im Kreis Elbe-Elster, **Siegurd Heinze** in Oberspreewald-Lausitz, **Harald Altekrüger** im Landkreis Spree-Neiße und **Karina Dörk** im Kreis Uckermark.
Im Landkreis Börde (Sachsen-Anhalt) lautet der Name des nächsten Landrates **Martin Stichnoth**. Der CDU-Kandidat setzte sich in der Stichwahl am 8. April mit 70,9 Prozent gegen die SPD-Kandidatin Vinny Viola Zielske durch.

Termine

DEMO-Kommunalkongress 2018
21.06.2018 – 22.06.2018, Berlin
Auf dem 13. DEMO-Kommunalkongress trifft sich wieder die kommunale Familie. Unter dem neuen Motto „DER KOMMUNALE WEG NACH VORNE" werden wir mit Ihnen diskutieren, wie wir angesichts der aktuellen Herausforderungen unsere Kommunen künftig gestalten wollen.
demo-kommunalkongress.de

Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK
31.08.2018 – 02.09.2018, Springe
Zielgruppe sind Interessenten/innen bzw. Kandidat/innen

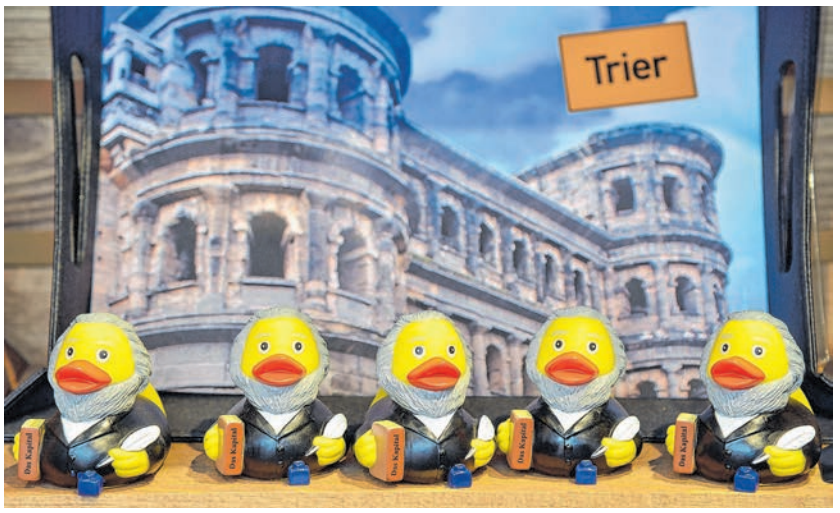
- für die Wahlen zur kommunalen Vertretungskörperschaft,
- für das Amt eines/einer Hauptverwaltungsbeamten/in und
- Direktwahlkandidatinnen und Kandidaten sowie ein ehrenamtliches kommunalpolitisches Mandat.

Darüber hinaus bietet es auch Führungsverantwortlichen in Fraktionen und Parteigremien, die sich mit der Suche nach geeigneten Kandidaten/innen und der Profilierung und Qualifizierung von Kandidaten/innen beschäftigen, Hinweise für einen erfolgreichen Wahlkampf. Mitglieder von Wahlkampfteams sind ebenso willkommen.
bundes-sgk.de/veranstaltung/kommunalwahl-camp-2018

Marx und Mammon

Das Gedenken an den Denker nimmt bedenkliche Formen an

Autor Carl-Friedrich Höck



Karl Marx als Quietscheentchen – das verkauft sich in Trier derzeit gut.

Landauf, landab wird derzeit der 200. Geburtstag von Karl Marx gefeiert. Es wäre spannend zu erfahren, was der berühmte Kapitalismuskritiker über die Feierlichkeiten denken würde. Schon zu Lebzeiten wunderte er sich gelegentlich darüber, was in seinem Namen so alles fabriziert wurde. Über eine französische Variante des Marxismus sagte er nur lapidar: „Alles, was ich weiß, ist, dass ich kein Marxist bin."

Echte Marxisten sind heute ohnehin selten geworden. Dennoch hat sich ein regelrechter Marx-Hype entwickelt. Und der ruft Geschäftemacher auf den Plan. In Trier zum Beispiel kann man niedliche Karl-Marx-Quietscheentchen kaufen. Wer möchte, kann also den gelben Schnabelmarx – in der einen Hand die Schreibfeder, in der anderen „Das Kapital" haltend – in der heimischen Wanne zwischen duftendem Badeschaum treiben lassen. Dazu passt ein Karl-Marx-Wein oder ein Heißgetränk aus der Spruchtasse „Kaffeetrinker aller Länder, vereinigt euch!". Beides ist ebenfalls in Trier zu erwerben. Eine lokale Schmuckdesignerin hat das Jubiläum zum Anlass genommen, einen silbernen Karl-Marx-Ring zu entwerfen. Neu ist diese Paarung aus Marx und Mammon nicht. Davon zeugt auch die Sparkassen-Kreditkarte mit Marx-Motiv, die 2012 in Chemnitz eingeführt wurde und sich längst zum Klassiker entwickelt hat.

Im Trierer Touristenshop sind sogar Geldscheine mit Marx-Konterfei erhältlich. Wert: 0 Euro. Preis: 3 Euro. Eine einträgliche Geschäftsidee. Und irgendwie passt sie zu Marx, schließlich hat der Meister selbst einst den „Mehrwert" analysiert, den er als „Überschuss des Produktenwerts über den Wert der verzehrten Produktbildner, d. h. der Produktionsmittel und der Arbeitskraft" beschrieb. Nur, dass in Marx' Theorie die Ausbeutung der Arbeiter den Mehrwert schafft und nicht sein eigenes Antlitz auf einem Stück Papier.

Das Kapital regiert, meinte Marx. Und was wollen Politiker? Richtig, ebenfalls regieren. Warum also nicht vom Kapital lernen, sprich von erfolgreichen Kapitalisten? Das dachte sich wohl auch die SPD Lübeck. Ihr Wahlprogramm für die Kommunalwahl haben die Genossen im Stile eines Warenkataloges gestaltet, angelehnt an ein bekanntes schwedisches Möbelhaus. Auf 56 Seiten präsentieren die Lübecker Sozialdemokraten sich und ihre programmatischen Schwerpunkte – mit großformatigen Fotos, auf denen die Kandidaten in ihren Privatwohnungen zu sehen sind. Gewählt wurde übrigens am 6. Mai, einen Tag nach Marx' Geburtstag. Und es hat geklappt: Die SPD wurde stärkste Kraft.

Ob Marx stolz wäre auf die Lübecker Nachfahren seiner einstigen Kampfgenossen? Möglich. Wahrscheinlicher aber ist, dass er einen langen Aufsatz schreiben würde, was in der SPD seiner Ansicht nach besser werden muss: zum Beispiel eine „Kritik des Lübecker Programms".

DEMO 07-08/2018
erscheint am 6. Juli 2018

mit folgenden Themen:

Umweltgerechtigkeit in den Kommunen: Wie lassen sich die Weichen stellen und Entscheidungen treffen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung? Die dabei auch soziale und gesundheitsfördernde Belange und Teilhabe berücksichtigt?

Im neuen Report geht es um die Themen **Mobilität und Infrastruktur.**

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführer: Karin Nink, Kerstin Thomberg

Anzeigen/Vertrieb: ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 35 vom 1. Januar 2018

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Litho: Satzstudio Neue Westfälische Gmbh & Co KG
Titel: metagate Berlin GmbH

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

Der Berliner vorwärts-Verlag (BvVG) hat sich entschieden, Transparenz zu zeigen und veröffentlicht von 2017 an freiwillig auf demo-online.de Anzeigenkunden und Sponsoren. Der Verlag folgt damit auch einem Beschluss des SPD-Parteivorstandes von Dezember 2016.

FOTOS: HARALD TITTEL/DPA; LASSEDESIGNEN/STOCK.ADOBE.COM

2. ZUKUNFTSKONGRESS

Soziale Infrastrukturen

6. Juni 2018, dbb forum, Berlin

„Für eine Zukunft ohne Barrieren“

Der Kongress ist der jährliche Treffpunkt für Vordenker, Entscheider und Gestalter aus Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und Wissenschaft für eines der wichtigsten gesellschaftlichen Zukunftsthemen, bei dem das gemeinschaftliche Zusammenleben im Vordergrund steht.

REFERENTEN 2018 u.a.:

Prof. Dr. Matthias von Schwanenflügel,
Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Brigitte Döcker,
Mitglied des Vorstandes im AWO-Bundesverband

Michael Löher,
Vorstand, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.kongress-soziale-infrastrukturen.de

In Kooperation mit

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

NETZWERK soziales neu gestalten

dbb beamtenbund und tarifunion

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Kuratorium Deutsche Altershilfe

AWO Bundesverband e.V.

Eine Veranstaltung des

Behörden Spiegel

DEMO
KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt anmelden!

»DER KOMMUNALE WEG NACH VORNE«

13. DEMO-Kommunalkongress

Berlin | 21. – 22. Juni 2018

Gemeindezentrum Schöneberg | Hauptstraße 125A | 10827 Berlin-Schöneberg

Stand 18.5.2018

Es erwarten Sie spannende Themen sowie Referentinnen und Referenten aus Bund, Ländern und Kommunen u.a.

ANDREA NAHLES, MdB
SPD-Vorsitzende
und Vorsitzende
SPD-Bundestagsfraktion

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, MdL
Stellvertretender
SPD-Vorsitzender

THEMENSCHWERPUNKTE

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT

- Nachhaltige Wohnungspolitik in Städten und Gemeinden
- Bildung und Teilhabe
- Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie

TECHNOLOGISCHER WANDEL UND FORTSCHRITT

- Smart City und Digitale Dörfer
- Arbeit 4.0 in den Kommunen
- Neue Mobilität für Stadt und Land

STRUKTUREN UND VERANTWORTUNG

- Kommunen, die Länder und der Bund
- Kommunen und Regionen in Europa
- Kommunen in der Einen Welt

MICHAEL HÄUPL
Bürgermeister und
Landeshauptmann a.D.
Wien

LARS KLINGBEIL, MdB
SPD-Generalsekretär

LUISA BOOS
SPD-Generalsekretärin
Baden-Württemberg

ANDREAS BREITNER
Verbandsdirektor
VNW e.V.

SAWSAN CHEBLI
Staatssekretärin, Berlin

BERNHARD DALDRUP, MdB
Sprecher Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung und
Kommunen

ALEXANDER HANDSCHUH
Sprecher DStGB/
InnovatorsClub

ULRIKE HILLER
Staatsrätin, Bremen

THOMAS JUNG
Oberbürgermeister
Fürth

HEIKE KASTER-MEURER
Oberbürgermeisterin
Bad Kreuznach

ANKE KNOPP
Bloggerin und Autorin

KARL-HEINZ LAMBERTZ
Präsident AdR

KATRIN LANGE
Staatssekretärin,
Brandenburg

PETER SIMON, MdEP
S&D-Fraktion

MARLIS TEPE
Vorsitzende GEW

OLE VON BEUST
von Beust & Coll
Beratungsgesellschaft

Kooperationspartner:

INNOVATORS CLUB

Sozialdemokratische Kommunal Akademie

SPE-FRAKTION Europäischer Ausschuss der Regionen

Europäischer Ausschuss der Regionen